



DER AUFSTAND

für eine freiheitliche demokratische Grundordnung und Generalamnestie für Alle!

Nummer: 44/22

186. Ausgabe

30.10.2022

Bild

MEDIATHEK

Bild+

☰

GRUNDSATZREDE IM SCHLOSS BELLEVUE

Steinmeier mit Klartext-Rede – doch die GANZE Regierung schwänzt



Grundsatzrede ohne Vertreter der Bundesregierung: Als Bundespräsident Steinmeier spricht, fehlen sämtliche Minister und auch der Kanzler
Foto: BILD

Von: BENEDIKT WEIMER
28.10.2022 - 16:32 Uhr

Der „unabhängige“ Verfassungsrichter Harbarth ist da!

☰

Frankfurter Allgemeine

👤

GRUNDSATZREDE PUTINS

„Die Herrschaft des Westens endet“

Von Reinhard Veser
27.10.2022, 17:56



Diese Wochenzeitung als PDF-Datei unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/>

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Holger Thurow-N.
Herausgegeben von der
"Gesellschaft der Gleichen"
Rechtlich vertreten von: "UMEHR e.V."
(VR 24757), Holsteiner Chaussee 303 b,
22457 Hamburg
Email: deraufstand@umehr.net



Redaktionelle Grundsätze

Eingereichte Beiträge (Artikel), die nicht gegen den Zweck von UMEHR e.V. (siehe www.umehr.net) oder gegen geltendes Recht verstoßen, werden gleichberechtigt in die Zeitung aufgenommen. Eine Zensur findet nicht statt. Jeder Autor ist für seinen eingereichten Beitrag (Artikel) selbst verantwortlich. Die Arbeit der Redaktion ist auf technische Formatierung der eingereichten Beiträge (Artikel) begrenzt. Eingereichte Beiträge (Artikel) geben nicht die politische Position der Redaktion wieder. Mitglieder der Redaktion können eigene Beiträge einreichen oder Artikel schreiben, welche ebenfalls gleichberechtigt in die Zeitung eingearbeitet werden.

Die Redaktion

Offene Versammlung

In Kooperation zwischen:

Thorsten aus Lübeck, der GdG
(Gesellschaft der Gleichen/GbR)
und „Politische Teilhabe e.V.“

jeden Dienstag, um 20:00 Uhr,

Ort: Zoom-Meeting

Du bist interessiert?

Kontaktiere uns über das Impressum auf der Titelseite dieser Zeitung. Bring gerne deine Themen mit!

<http://www.debattenraum.eu>



Info Gruppe Widerstand

<https://t.me/gruppewiderstand>

Gruppe zur gegenseitigen Unterstützung aller Widerständler! Hier gerne Bilder/Videos usw. posten, wir veröffentlichen diese umgehend auf dem Kanal -

<https://t.me/kanalwiderstand>



[Übersicht zu allen Infos zum 3. Magdeburger Friedensfestival Vortrag über die Entwicklung des Gesellschaftlichen Bewusstseins](#)

[Debatte zum Thema Ukraine Krieg](#)

[Vortrag zum Thema Verfassungsschutz](#)

[Vortrag zum Thema Verfassung](#)

[Debatte zum Thema Demokratie 2022](#)

[Vortrag zum Thema Fünf Stunden Woche](#)

[Vortrag zum Thema Freie Schule Oberndorf](#)

[Musikalischer Vortrag und Diskussion mit Angela Mahr](#)

[Gesprächsrunde "Was nimmst du mit"](#)

[Vortrag zum Thema Geldsystem](#)

Impressionen vom Friedensfestival Magdeburg 2022



PRESSEMITTEILUNG

25/22

02.11.2022

Die Hetzkampagne des Verfassungsschutzes (LfV HH) und „Fakteninversion“ als Methode

Am 28. Oktober 2022 15:00 Uhr veröffentlichte das LfV HH wieder Falschbehauptungen unter der Überschrift „Der Verfassungsschutz informiert“

(<https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/16620766/umehr-e-v-meldet-erneut-demo-in-der-city-an/>)

Das LfV-HH wiederholt seine Falschbehauptungen gegen UMEHR e.V., um Teilnehmer an der Demonstration unter dem Motto „Freunde der Demokratie sagen 'Nein Danke!' : Frieren, Pleiten, Impfpflicht“ am 29.10.2022 in der Hamburger Innenstadt damit abzuschrecken, Zitat:

„Extremistischer Verein UMEHR e.V. will am Sonnabend erneut eine Demonstration in der Hamburger Innenstadt veranstalten - Verächtlichmachung der Demokratie und ihrer Institutionen“

Das LfV-HH hat darin mehrfach den Zusatz „e.V.“ für „eingetragener Verein“ weg gelassen. Wir möchten daran erinnern, dass wir als eingetragener Verein, mit Satzung und Zweck beim Hamburger Amtsgericht eingetragen und somit staatlich legitimiert sind. Die Unterschlagung dieses Faktum auf einer Behörden-Webseite bedeutet eine eigenmächtige Delegitimierung unseres Vereins. Diesem kleinen Beispiel im Text des LfV-HH folgend, haben die zuständigen Redakteure beim „Hamburger Abendblatt“, der „Hamburger Morgenpost“ und beim NDR den Zusatz „e.V.“ für UMEHR gleich ganz weg gelassen, womit man unseren legalen Status anscheinend gleich ganz weg zensieren möchte. Wir fordern daher das LfV-HH und alle Redakteure auf, in Zukunft die Endung „e.V.“ nicht einfach zu streichen und den Wunsch zum Vater autoritären Handelns werden zu lassen.

Außerdem trifft es nicht zu, dass das LfV-HH „weitere Belege zum Extremismus“ vorweisen kann, denn die weiterführenden Links auf dieser Seite (unten) führen nur auf Webseiten, in denen Behauptungen aufgestellt wurden die der radikaldemokratische UMEHR e.V. bereits widerlegt hat.

Das BfV schreibt selbst auf seiner eigenen Internetseite, Zitat:

*„Radikalismus vs. Extremismus
In einem lebendigen demokratischen Diskurs haben auch radikale Ansichten ihren Platz. Tatsächlich ist es legitim,*

seiner Meinung darüber Ausdruck zu verleihen, dass man etwa die Demokratie für die falsche Staatsform hält oder den Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsform und die soziale Marktwirtschaft als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Leitbild für verfehlt hält. Das Grundgesetz kennt nur die Pflicht zur Gesetzestreue, nicht aber eine Werteloyalität. Eine Ausnahme bilden hier Personen, die in einem Richter-, Soldaten- oder Beamtenverhältnis stehen und eine Pflicht zu mit der Verfassung konformen Meinungen und Überzeugungen haben.“

und weiter, Zitat:

„Radikale Ansichten kritischer Bürgerinnen und Bürger geben dem Verfassungsschutz keinen Anlass, aktiv zu werden. Sie fallen unter die Meinungsfreiheit, sind Ausdruck politischer Teilhabe und somit von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung geschützt.

Eine Verfassungsschutzrelevanz ergibt sich immer dann, wenn die Grenze von einer radikalen Meinung hin zu einer extremistischen Bestrebung überschritten wird, also Verhaltensweisen an den Tag gelegt werden, welche auf eine Beeinträchtigung oder Beseitigung des staatlichen Grundgefüges hinauslaufen. Agieren Einzelpersonen oder Gruppen gegen die fdGO, planen gar vor dem Hintergrund extremistischer Überzeugungen Anschläge, so ist es die vordringlichste Aufgabe des Verfassungsschutzes, - offen oder verdeckt - Informationen hierüber zu beschaffen und auszuwerten, um diese an die zuständigen Stellen weiterzuleiten und eine wirkungsvolle Gefahrenabwehr zu ermöglichen.

Der Verfassungsschutz wird bereits dann tätig, wenn die Polizei noch nicht zuständig ist. Er ist daher das effektive Frühwarnsystem zum Schutz vor Beeinträchtigungen für unser demokratisches Gemeinwesen.“

Der Bericht des LfV-HH 2021 verschweigt, dass sich die Mitglieder von UMEHR e.V. mehrheitlich an einer radikaldemokratischen Programmatik orientieren und diese im Rahmen der geltenden Gesetze verfolgen. Die Veröffentlichung vom 28. Oktober wiederholt die Falschbehauptung, dass UMEHR e.V. ein extremistischer Verein wäre. Als Beleg für die Falschbehauptung hat der erweiterte Vorstand von UMEHR e.V. bereits eine Pressemitteilung veröffentlicht, siehe hier: <https://www.umehr.net/widerspruch>.

Extra als Hilfestellung für die betreffenden Bediensteten beim LfV-HH, damit sie ihren Irrtum bemerken und um ihnen die Arbeit zu erleichtern, haben wir dazu noch folgende Internetseite eingerichtet: <https://www.umehr.net/radikaldemokratie>.

Unter der Überschrift „Charakter des Vereins“, verfolgen wir nicht die Veränderung der Gesellschaft hin zu weniger Demokratie, sondern hin zu radikaler Demokratie. Das ist ganz klar eine radikale und keine extremistische Orientierung. Wir fordern daher das LfV-HH noch einmal dazu auf, ihre Versuche zu unterlassen, uns eine extremistische Orientierung zu unterstellen, um einen Beobachtungsvorwand wie im folgenden Zitat zu konstruieren:

„Die klare Botschaft des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Hamburg:...“

fährt der Autor fort, lautet Zitat:

„Das sind keine Freunde der Demokratie, ganz im Gegenteil. Wer an diesem Aufzug teilnimmt, marschiert Seite an Seite mit Extremisten. Der Verein ist ein

Beobachtungsobjekt des LfV. Die Verfassungsfeindlichkeit des Vereins ergibt sich aus der offen artikulierten Feindschaft gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat.“

Das ist Fakteninversion (Inversion - lateinischer Ausdruck für Umkehrung). Radikaldemokraten sind die besten Freunde der Demokratie. Wer das Grundgesetz verteidigt um darin gewährte Freiheitsrechte zu verteidigen ist ein Verfassungsfreund. Wer Artikel 20 Ziffer 2 Grundgesetz verteidigt, artikuliert seine Zustimmung gegenüber einem demokratischen Verfassungsstaat. Falls die Autoren des LfV-HH dies vergessen haben, Artikel 20 Ziffer 2 GG, Zitat:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Was das LfVHH aus unserer Sicht artikuliert, ist seine Feindschaft gegenüber Radikaldemokraten. UMEHR e.V. erklärte immer wieder ausdrücklich, seinen demokratisierenden Einfluss auf dem Boden der geltenden Gesetze ausüben zu wollen, doch das LfV-HH ignoriert die klaren Äußerungen unseres Vereins in Richtung einer radikaldemokratischen Demokratisierung der Gesellschaft und behauptet fern ab jeder Realität und völlig unbelegbar, Zitat:

„Insbesondere lehnt UMEHR das Demokratieprinzip ab und verfolgt eine sicherheitsgefährdende und demokratiefeindliche Delegitimierung des Staates.“

In „Verfassungsgrundsätze - Die Absicherung des Demokratieprinzips und des Sozialstaatsprinzips durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts“ definiert „Wissenschaftliche Dienste“ des Deutschen Bundestages das Demokratieprinzip wie folgt, Zitat:

„Das Demokratieprinzip
Demokratie bedeutet Volkssouveränität, die Organisationsform politischer Herrschaft, bei der die Errichtung und Organisation der politischen Herrschaftsgewalt auf eine vom Volk ausgehende Entscheidung und Legitimation zurückgeführt werden kann. Einziger Träger der Staatsgewalt nach Art. 20 Abs. 2 GG und im demokratischen Ursprung handlungsfähig ist das deutsche Volk. Die Grundsätze des Demokratieprinzips fordern demnach ein durch Staatsangehörigkeit auf Dauer verbundenes Staatsvolk, das durch Wahlen einen Gesetzgeber hervorbringt und periodisch neu bestätigt. Dieser soll für das Volk die vom Volk ausgehende Staatsgewalt ausüben.“ (2009 Deutscher Bundestag)

UMEHR e.V. fordert, dieses Prinzip tatsächlich zu ratifizieren. Die Behauptung UMEHR e.V. würde das Demokratieprinzip ablehnen ist nur ein weiteres Beispiel vorsätzlicher Fakteninversion durch das LfV-HH.

Unsere Kritik besteht vor allem darin, dass volksherrschaftliche, also wirklich demokratische Verhältnisse durch vom Wähler entbundene „Repräsentanten“ mit vom Wählerwillen entbundenen „freien Mandaten“ gar nicht möglich sind und somit das so viel beschworene Demokratieprinzip in einem „Repräsentationssystem“ gar nicht verwirklicht werden kann. Diese Feststellung ist längst von anerkannten Politikwissenschaftlern wie Noam Chomsky und vielen weiteren getroffen worden.

Wer offensiv das „freie Mandat“ für gewählte Funktionäre des Staates predigt, obwohl sich der berühmteste Philosoph Deutschlands Kant mit der Forderung nach gebundenen Mandaten dagegen ausgesprochen hat, macht sich zum Handlanger von Oligarchen, die das „freie Mandat“ dafür

missbrauchen um diese Funktionäre als Lobbyisten für ihre Interessen kaufen zu können.

Ja, das ist eine radikale-, aber keine extremistische Kritik. In den gesamten Aktivitäten und Veröffentlichungen von UMEHR e.V. gibt es keinerlei extremistische Orientierung.

Zur Beschwerde des LfV über unsere Wochenzeitung „Der Aufstand“ die vom LfV-HH verächtlich als „Postille“ bezeichnet wird.

UMEHR e.V. unterstützt Projekte, die eine politische Debatte gemäß Artikel 5 des Grundgesetzes ermöglichen. Dazu gehört auch die Wochenzeitung „Der Aufstand“, dessen Redaktion von einem Ortsvereins gestellt wird und hier zu finden ist:

<http://deraufstand.wihuman.de/>

Demgemäß befindet sich auf Seite 2 jeder Ausgabe ein Kasten mit den redaktionellen Grundsätzen, auch zum besseren Verständnis eines wirklichen Demokratieprinzips, Zitat:

Redaktionelle Grundsätze

“

Eingereichte Beiträge (Artikel), die nicht gegen den Zweck von UMEHR e.V. (siehe www.umehr.net) oder gegen geltendes Recht verstoßen, werden gleichberechtigt in die Zeitung aufgenommen. Eine Zensur findet nicht statt. Jeder Autor ist für seinen eingereichten Beitrag (Artikel) selbst verantwortlich. Die Arbeit der Redaktion ist auf technische Formatierung der eingereichten Beiträge (Artikel) begrenzt. Eingereichte Beiträge (Artikel) geben nicht die politische Position der Redaktion wieder. Mitglieder der Redaktion können eigene Beiträge einreichen oder Artikel schreiben, welche ebenfalls gleichberechtigt in die Zeitung eingearbeitet werden.

Die Redaktion

Inhalte von Artikeln geben nicht die politische Position von UMEHR e.V. wieder. Aber natürlich reichen wir die Beschwerden des LfV-HH an die betreffenden Autoren weiter, sodass sie in den nächsten Ausgaben dazu ausführlich Stellung beziehen können.

Das betrifft auch den Vorwurf, UMEHR e.V. würde sich unvermindert zum Handlanger Moskaus“ machen, den wir aufgrund der eigenen radikaldemokratischen Orientierung **von uns weisen**.

Wir wissen, dass auch das russische „Demokratieprinzip“ in Wahrheit undemokratisch und autoritär funktioniert. Deshalb lehnen wir auch den russischen Autoritarismus ab, wie jeden anderen Autoritarismus.

Aber wir lehnen auch Antirussland-Hetze, und daher Hetze gegen das russische Volk ab, welche tagtäglich inflationär den Tatbestand der Volksverhetzung in öffentlich-rechtlichen- und privaten Massenmedien erfüllt. UMEHR e.V. macht dabei nicht mit und lehnt als Menschenrechtsverein alle imperialen Kriege ab, egal von wem sie ausgehen und angezettelt werden. UMEHR e.V. lässt sich nicht für eine der Kriegsparteien einspannen, auch nicht für die imperialistischen Interessen des US-NATO-Bündnisses.

Die Redaktion von „Der Aufstand“ verfolgt demokratische Grundprinzipien, die sich an Artikel 5 des Grundgesetzes orientieren und nimmt nur Beiträge auf, die keine

offensichtlichen Lügen enthalten. Wenn in der Redaktion Beiträge eintreffen, welche die Wahrheit aus Sicht der amerikanischen Regierung, oder aus Sicht seiner NATO-Verbündeten enthalten, wird die Redaktion natürlich auch diese veröffentlichen.

Zum Vorwurf „Vergleiche unserer Demokratie mit der NS-Diktatur“

In Deutschland sitzt das Trauma der NS-Diktatur selbst in den Nachfolge-Generationen immer noch tief. Von der Weimarer Republik zur NS-Diktatur und vom 1. bis zum 2. Weltkrieg gab es eine Entwicklung. Ja, wir beobachten die Entwicklung heute sehr genau und vergleichen mit der Entwicklung damals um vor allem kriegstreibende und zur Diktatur führende Tendenzen besser zu verstehen.

Natürlich bemerken wir die aktuelle Salami-Taktik systematischer und teilweise auch heimlicher Beschneidungen grundgesetzlich gewährter Freiheiten, wie zum Beispiel des in Artikel 5 GG gewährten Rechtes der freien Meinungsäußerung.

UMEHR e.V. betrachtet das Recht der freien Meinungsäußerung als wichtigen Bestandteil der Menschenrechte und wird sie im Rahmen der Gesetze und mit legitimen Mitteln verteidigen.

Zum Vorwurf „Argumentationsmuster aus dem Reichsbürger-Milieu“

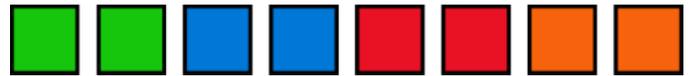
Radikaldemokratie als radikalste Form der Herrschaft eines Staatsvolkes und die Herrschaft einer reichsbürgerlichen Monarchie, sind zwei grundsätzlich verschiedene Herrschaftsformen, die sich gegenseitig politisch bekämpfen. Radikaldemokraten und ihrem Verein monarchistische „Argumentationsmuster“ unterstellen zu wollen, ist absurd. Monarchisten lehnen zwar auch das kapitalistische Repräsentationssystem ab, aber die wirklichen Reichsbürger wollen zurück in eine Monarchie, also die bürgerliche Revolution der Kapitalisten in konterrevolutionärer Weise rückgängig machen.

Der Reichsbürgervorwurf gegen Radikaldemokraten ist also absurd und lächerlich, genauso wie die Anwendung der Methode „Fakteninversion“, um Regierungskritik von Radikaldemokraten mit Falschbehauptungen zu bekämpfen. Das ist nicht besonders intelligent und wirkt wegen der inflationären Verwendung gegen fast alle Kritiker der herrschenden Machtverhältnisse bei der Masse der Bürger längst nicht mehr.

Wir empfehlen den Schreibern des LfV-HH zu einer substantiellen Kritik an unseren wirklichen Positionen überzugehen und bieten an, ihre Warnungen vor uns, in der Wochenzeitung „Der Aufstand“ zu veröffentlichen.

Jedes Demokratieprinzip lebt von einer fairen Debatte, diese bieten wir auch allen Vertretern des jetzt herrschenden Repräsentationssystems an und das ist auch ein wichtiges Anliegen von UMEHR e.V., um unsere radikalen Differenzen mit den alten Machthabern friedlich verhandeln zu können.

Erweiterter Vorstand von UMEHR e.V.



Die Basis Funkt



Einladung zum Elterncafé der AG Kindeswohl

jeden Freitag von 19 bis 20:30 Uhr.

Wir laden Euch herzlich zu unserem Online-Elterncafé ein, um Dich mit anderen Eltern über deine Herausforderungen auszutauschen.

Wir bitten Dich mit Vornamen und Video beizutreten, denn Offenheit schafft Vertrauen.

Zoom-Meeting beitreten:

[https://us02web.zoom.us/j/88363421794?](https://us02web.zoom.us/j/88363421794?pwd=ZkE4dGF6TWZNVnB5ZWMrdGhhS2JNOT09)

[pwd=ZkE4dGF6TWZNVnB5ZWMrdGhhS2JNOT09](https://us02web.zoom.us/j/88363421794?pwd=ZkE4dGF6TWZNVnB5ZWMrdGhhS2JNOT09)

Meeting-ID: 883 6342 1794

Kenncode: 543606

P.S. Für die Gesprächsinhalte übernimmt die AG Kindeswohl keine Haftung.

#dieBasis #freiheitsparteidiebasis #friedensparteidiebasis
#friedenschaffenohnewaffen #maskenfrei #Masken
#gerechtigkeit #frieden #kindeswohl #schule



Frieden Jetzt! Alexanderplatz
Sa. 05.11.22, 14 Uhr

dieBasis funkt

Bürgersprechstunde am Donnerstag 27.10.2022 von Hanno Krause (Bürgermeister) in Kaltenkirchen. Motto „Ohne Block und Stift“



Es ist das erste Mal, dass ich an solcher Veranstaltung teilgenommen habe, denn ich wohne noch nicht so lange in Kaltenkirchen. Nach ersten technischen Schwierigkeiten, die von einem in Rufbereitschaft stehenden Techniker behoben wurde, startete der Abend ca. 19.10.

Anwesend waren ca. 75 Personen und das Durchschnittsalter lag bei 65+.

Herr Krause stelle Kaltenkirchen vor:

Kaltenkirchen im Überblick	
Größe des Stadtgebiets ca. 2.300 Hektar,	
Mit Hauptwohnung gemeldet: 23.844 EW, mit Nebenwohnung: 575 EW	
Anteil der Senioren und Seniorinnen ab 60 Jahre = ca. 6.214 (25,62 %)	
Anteil der Kinder und Jugendlichen = ca. 4.580 (18,89 %)	
Durchschn. Lebensalter Kaltenkirchen 42,45 Jahre	
Ca. 3.140 Schüler und Schülerinnen in 7 öffentlichen Schulen	
1.123 Schülerinnen und Schüler besuchen eine der beiden Ersatzschulen	
858 Kindergartenplätze, 320 Krippenplätze incl. Tagespflege, 400 Hortplätze, bei 7 freien Trägern (Ev.-Luth. Kirchengemeinde, DRK, AWO, Waldorf, Lebenshilfe, Tausendfüßler, LeibnizPrivatschule)	
Arbeitslosenquote Kreis Segeberg 4,4 % (6.871 Pers.)	(September 2022)
Arbeitslosenzahl in Kaltenkirchen 754 Pers.	(September 2022)
672 Betriebe	
10.473 Beschäftigte	
mehr Einpendler als Auspendler (Einpendlerüberschuss 545 - 2022)	
Gewerbesteueraufkommen 22,5 Mio. € (2.NNH 2022)	
Schuldenstand 26.795.000 € (31.12.2022), 33.294.000 Mio. € (31.12.2023)	
Pro-Kopf-Verschuldung ca. 1.155 € / Kopf (31.12.2022), 1.436 € / Kopf (31.12.2023)	

Ich sage extra nicht kurz, denn das war es nicht.

Bei der Vorstellung, zeigte sich, dass das Durchschnittsalter Kaltenkirchens bei 42,45 Jahre liegt, was die zweitjüngste Stadt in Schleswig-Holstein ist, laut Herrn Krauses Aussage. Von dieser Aussage ging es zu den Schülern und Kindertagesplätzen, wobei das erste Mal ca. 100 Plätze zu wenig vorhanden sind. Herr Krause führt dies auf einen Fehler zurück, der natürlich nicht bei Kaltenkirchen liegt. Es soll ein zusätzlicher Kindergarten gebaut werden, der dann allerdings durch die Bürokratie frühestens nach Sommer 2023 zur Verfügung steht.

Mein Einwand, dass man doch Tagesmütter/-väter ausbilden könnte, die dann schon 2-3 Monaten zur Verfügung stehen würden, begegnete Herr Krause mit dem Einwand, dass er und die Stadt sehr viel Werbung diesbezüglich macht und vor kurzem ein paar diese Ausbildung abgeschlossen hätten. Es wäre aber sehr schwierig, Freiwillige zu finden. Ich sagte, dass eine der Hürden das Ausbildungsgeld ist, was ja privat vorgestreckt werden müsste, und das kann eben nicht jeder. Darauf wurde nicht eingegangen.

Als nächstes Thema waren verschiedene Bauprojekte, Straßen, Wohnungen, Umbau der „City“. Herr Kraus erwähnte, dass in Straße XY der Bürgersteig gemacht werden müsste, da dort eine Neigung vorliegt und im Zuge der Sorgfaltspflicht (ja so nannte er es) gegenüber der älteren Mitbewohner hier Abhilfe geschaffen werden muss.

Auch hier hob ich erneut meinen Arm und bat ums Wort, denn im Zuge der Sorgfaltspflicht, sollte doch auch der rote Bürgersteigbelag in der gesamten Stadt ausgetauscht werden, da dieser bei Feuchtigkeit sehr rutschig ist, erst recht wenn feuchte Blätter im Herbst darauf liegen. Ich persönlich kenne verunfallte Personen, die monatelang hinterher telefonieren durften, bis sich die Stadt eingestand Schuld zu haben. Ich fragte konkret, wann mit einem Austausch des Belages zu rechnen ist. Herr Krause redete ca. 4 Minuten und beantwortete die Frage nicht, woraufhin ich erneut nachfragte. Im Zuge der Bürokratie und des mangelnden Geldes verwies Herr Krause auf 3-5 Jahre, ob ich das irgendwo nachlesen könne, wann welcher Bereich dran ist, verneinte der Bürgermeister. Eine Mitbürgerin fragte, ob man nicht übergangsweise den Belag aufrauhren könnte. Dies verneinte Herr Krause und ging auf diese Möglichkeit nicht weiter ein.

An diesem Punkt merkte ich, dass dieser eine Abend bei weitem nicht für alle Themen reichen wird und sich der Eine oder Andere in vielerlei Kleinigkeiten verzettelt.

Nebenbei sei erwähnt, auf meine Frage wie viele von den erwähnten Bauprojekten denn sozialen Wohnungsbau beinhalten würden, wurde es sehr still und es wurde darauf verwiesen, dass er keinen Einfluss auf die privaten Bauprojekte habe, aber die Projekte der Stadt beinhalten KEINEN sozialen Wohnungsbau und er wüsste auch bei den privaten Projekten nicht, dass dort sozialer Wohnungsbau beinhaltet ist.

Nun ging es um die Flüchtlingspolitik. Hier stellte er ein paar Zahlen vor.

2015 wurden 2 Container gekauft und angeschlossen, dies hat 50.000,-€ gekostet und nachdem man feststellte, dass dies zu teuer wäre, da die Container nur maximal 7 Jahre halten würden, wurden 15 Wohnungen á 48qm gebaut, welche auch sehr schnell belegt waren. Nächstes Jahre sollen 200 oder 400 Flüchtlinge kommen, es gab da zwei konträre Aussagen, wo ich nicht schnell genug geschaltet hatte, um nachzufragen. Herr Krause stellte auch noch fest, dass es wohl einen

Unterschied gibt, ob es syrische oder ukrainische Flüchtlinge sind.

Syrische scheinen nach seiner Aussage vermehrt einzelne Herren zu sein, ukrainische scheinen eher Frauen mit Kind zu sein.

In dem nun folgenden Punkt ging es um Krisen-/Notfallvorsorge. Ich erwähnte, dass ich vor ca. 8 Wochen eine schriftliche Anfrage an die Stadt gestellt hatte, um einige Fragen beantwortet zu bekommen.

-Gibt es einen Krisenplan?

-Wo ist dieser einzusehen?

-Wo bekommt die Bevölkerung Quellwasser her?

-Gibt es Notstromaggregate? Wenn ja wieviele? Sollen noch welche zusätzlich angeschafft werden?

-Was ist mit dem Teil der Bevölkerung, die auf Pflegedienste angewiesen ist?

-Wie wird die ärztliche Versorgung sicher gestellt?

-Wie ist der Hygienestandard gesichert? Toiletten gehen ja nicht?.

Ich hatte noch mehr Fragen, allerdings wurde Herr Krause schnippisch, so habe ich es wahr genommen.



Die Stadt kann rund 1.000 Personen beherbergen, mit Wasser und Essen versorgen der Rest muss sich eben um sich selbst und seine Nachbarn kümmern. Ein wenig Eigenverantwortung sollte schon sein, muss sich eben jeder selber informieren. Ich sagte, das versuche ich ja gerade hier, aber sie machen es nicht einfacher. Ich wünschte mir, dass auf der Internetseite der Stadt Kaltenkirchen einiges stehen würde, so wie bei vielen anderen Städten auch. Selbst die Bundesregierung geht von einem, Black-Out aus, die Frage ist nicht ob, sondern wann dieser statt findet. Und Menschen wie ich, die weniger als 5 Jahre in dieser Stadt wohnen, wünschen sich mehr Informationen auf der Stadtseite.

Das Thema wurde so stehen gelassen und man hat es Herrn Krause angesehen, dass genervt war.

Der für mich letzte Punkt, denn danach bin ich gegangen, war die Weihnachtsbeleuchtung. Herr Krause vertritt den Standpunkt, dass ein beleuchteter Tannenbaum auf dem Marktplatz ausreichend wäre, der Stadtrat, von dem wohl einige Personen im Publikum saßen, hätte gern eine stimmungsvolle Stadtbeleuchtung. Nun wird geprüft, ob eine Zeitschaltuhr zwischengeschaltet werden könnte. Eine Bürgerin sagte, man könnte sich doch solidarisch zeigen und ganz auf die Beleuchtung verzichten. Eine andere Bürgerin fragte, wo die Solidarität in den letzten 8 Jahren war, als der Donbass bombardiert wurde, oder was war, als der Jemen bombardiert wurde?

Darauf wurde nicht eingegangen nur gelacht, was ich persönlich deplaziert finde und einem konstruktivem Austausch entgegen steht.

Mitlerweile war es ca 21.45 und da die Stühle alles andere als bequem waren, bin ich gegangen.

Bilder und Text von Josephine Merlé



Politisch motivierte Rechts- beugung in Hamburg?

Solidarität mit Dominik Paradies geht in die 2.Runde



Weil er unser Reporter auf vielen Demonstrationen ist, um diese zu dokumentieren, versuchen sie ihn mit konstruierten Vorwürfen auch im Nachhinein mit einer **unbegründet hohen Strafe** zu belegen, **um den Widerstand abzuschrecken**. Wegen seiner Maskenbefreiung und der angeblichen Verletzung des vertraulichen Wortes, wird er im Nachhinein auch noch von einem Richter mit einem Strafbefehl von 100 Tagessätzen verfolgt. Die Schwere der Strafe begründet der Richter möglicher Weise damit, dass er ja für einen regierungskritischen Verein aktiv ist, wodurch das Urteil natürlich politisch motiviert ist. Die Dokumentation des Auftretens der Polizei gegen friedliche Kritiker, soll mit Hilfe der Staatsgewalt und drakonischen Strafen unterbunden werden.



Wer einen von uns angreift, der greift uns alle an!

Dazu wurde die Notwendigkeit polizeilicher Maßnahmen gegen unseren Reporter von Anfang an konstruiert. Polizisten hatten ihn mehrfach und grundlos verfolgt, obwohl andere Polizisten dies bereits als rechtswidrig bezeichnet hatten. Diese schikanöse Verfolgung gipfelte am 13.02.2022 bei einer Demonstration in Eppendorf darin, dass seine Ausrüstung von den selben Polizisten beschädigt und ohne Quittung beschlagnahmt wurde.

Nachdem die Staatsanwaltschaft von sich aus die Freigabe seiner Ausrüstung (ohne Speicherkarte) zugestimmt hat, will man ihn mit hohen Geldstrafen verfolgen. Da gegen legt er über seinen Rechtsanwalt Beschwerde ein und will ein exemplarisches Urteil anfechten, dass sich natürlich gegen alle Kritiker richtet. Statt das geschehene Unrecht an Dominik wieder gut zu machen, versuchen sie ein politisches Exempel an ihm zu statuieren, um uns alle einzuschüchtern.

Das alle Vorwürfe unhaltbar sind, ist aus externen Filmaufnahmen, sowie aus den Aufnahmen der Polizei, als auch aus den Filmaufnahmen der „defekten“ Speicherkarte bewiesen.

Wer sich bei der Verteidigung der Rechte von Dominik und an den Rechten von uns allen gegen staatliche Willkür beteiligen möchte, der kann sich über das unten stehende Impressum an die Redaktion wenden und tatkräftig unterstützen, oder eine Spende auf das angegebene Konto mit dem Verwendungszweck „Für Dominik“ überweisen. Als „Folgezweck für die Spenden“, wird ein „allgemeiner Verteidigungsfond zur Finanzierung der Kosten von Rechtsstreitigkeiten der Mitglieder und Freunde von UMEHR e.V.“ eröffnet.

Spenden an: UMEHR e.V.
IBAN: DE88 3701 0050 0993 3055 01
Verwendungszweck: „Für Dominik“

Email: info@umehr.net

V.i.S.d.P. Jürgen Michael Hackbarth (OV-GdG von UMEHR e.V.), 0171/5505542
UMEHR.net, Holsteiner Chaussee 303b, 22457 Hamburg

Am 13.02.2022 wurde ich zum wiederholten Male Opfer einer offensichtlich grob rechtswidrigen und überzogenen Polizeimaßnahme. Ich war am Rande einer Demonstration in Hamburg Eppendorf und habe diese im Rahmen der Pressearbeit gefilmt. Mir bekannte Polizisten haben mich ohne Rechtsgrundlage mit den Worten abgeführt; „Sie wissen ganz genau, dass Sie das nicht aufzeichnen dürfen“. Eine Begründung erfolgte nicht. Zum wiederholten Male hat man auch an diesem Tag gleich zu Beginn der Maßnahme eröffnet, dass man das Kamera-Equipment beschlagnahmen will, was man am Ende auch mit Gewalt getan hat. Dabei ist der Gimbal kaputt gegangen.

Seit nun mehreren Monaten waren das Amtsgericht Hamburg und das Landgericht Hamburg damit betraut zu klären, ob die Beschlagnahme rechtmäßig und verhältnismäßig war. In drei Instanzen sind die Gerichte zu dem Ergebnis gekommen, dass die Beschlagnahme rechtmäßig war, da ich die Vertraulichkeit des Wortes i.S.d. § 201 StGB verletzt haben soll.

Tatsächlich war die Maßnahme von Beginn an von zahlreichen Zeugen, Fotografen und Filmern umgeben. Zudem habe ich die Öffentlichkeit bewusst hergestellt und ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Zeugen benötigt werden. Eine Vertraulichkeit habe ich abgelehnt. Ich habe darauf hingewiesen, dass die angebliche Einsatzleiterin dabei ist eine Straftat zu begehen und ich die Maßnahme sehr wohl filmen darf. Alleine zur Beweissicherung war das Filmen bereits unerlässlich, wie sich in der Zukunft noch zeigen wird. Während der Maßnahme war von innen und außen jedes einzelne Wort, sei es noch so leise, deutlich zu verstehen. Videos und Zeugen werden das bestätigen.

Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat alleine für diese Maßnahme einen Strafbefehl über 100 Tagessätze zu insgesamt 5.000 € beantragt, welcher mir vor gut zwei Wochen zugestellt worden ist.

Erst danach hat das Landgericht Hamburg am 24.10.2022 in der dritten Instanz entschieden und die vorangegangenen Gerichtsentscheidungen bestätigt. Dabei wird Bezug auf zwei Filmdateien der Hamburger Polizei genommen. Diese sollen zeigen, dass die Öffentlichkeit auf Abstand gehalten worden sein soll, was eine Vertraulichkeit des Wortes begründet, so zumindest die Auffassung der Gerichte.

Tatsächlich ist in den Filmaufnahmen eine Zeugin zu sehen, welche die Maßnahme aus unmittelbarer Nähe filmt. Diese Filmaufnahmen wurden bereits während der Polizeimaßnahme ausdrücklich durch die Polizisten erlaubt. Lediglich eine Veröffentlichung könne ggf. strafbar sein.

Es gab also insgesamt zwei absolut identische Vorgänge in einer Polizeimaßnahme, wobei mir das Filmen verboten und unter Strafe gestellt wurde. Dem anderen wurde das Filmen erlaubt, ohne dass die Personalien festgestellt wurden.

Wenn die vom Gericht erwähnten Filmaufnahmen der Hamburger Polizei das zeigen, was ich beschrieben habe, so sind die beteiligten Richter per Definition an hochgradig politisch motivierter Rechtsbeugung beteiligt. Wenn die Filmaufnahmen tatsächlich zeigen, dass eine Zeugin die Maßnahme aus unmittelbarer Nähe mit Erlaubnis der Polizisten filmt, dann lügen alle beteiligten Polizisten, Richter und Staatsanwälte wie gedruckt. Alle bisher ergangenen Beschlüsse zeigen deutlich, dass an mir ein Exempel statuiert werden soll und das ganze Verfahren politisch motiviert ist.

Gegen den Strafbefehl wurde durch meinen Rechtsanwalt Einspruch eingelegt. Wenn dieses Strafverfahren vor Gericht verhandelt wird, muss der Gerichtssaal aus allen Nähten platzen und die Öffentlichkeit muss hergestellt werden. Anders ist ein gerechtes Urteil nicht möglich. Dieses und auch zahlreiche

andere Verfahren in Deutschland erinnern an eine Zeit, in der Angeklagte ohne Hosenträger und Gürtel vor den Kadi gezerzt wurden.

Es wurde in allen bisherigen Instanzen alles vorgetragen was vorzutragen war. Es wird alles übergangen und gelogen wie gedruckt. Vorausgesetzt, die vom Gericht zitierten Videos der Hamburger Polizei, zeigen den von mir Beschriebenen Vorgang. Inhalte der Strafakte darf ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht veröffentlichen. Ich kann aber soviel sagen, dass ich als politischer Straftäter geführt werde, gegen den der Staatsschutz ermittelt. Politischer kann das Verfahren nicht sein.

Die letzte Instanz des Landgerichts Hamburg zeigt, dass man mit Nachdruck eine gerichtliche Bestätigung erzwingen will, dass ich mich strafbar gemacht habe. Hätte das Gericht nun wahrheitsgemäß entschieden, so wäre ein Freispruch sicher.

Gericht und Staatsanwaltschaft zeigen sehr deutlich, dass ich verurteilt werden soll. Unschuldig!

Beglaubigte Abschrift

Landgericht Hamburg

Az: [REDACTED] 22
[REDACTED] 22
[REDACTED] 22



Beschluss

In dem Ermittlungsverfahren gegen

Volker Dominik Paradies,
geboren [REDACTED]

Verteidiger:
Rechtsanwalt [REDACTED] Hamburg, [REDACTED]

wegen § 201 StGB Verletzung der Vertraulichkeit

beschließt das Landgericht Hamburg - Große Strafkammer 32 - durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht [REDACTED], die Richterin am Landgericht [REDACTED] und den Richter Dr. [REDACTED] am 24.10.2022:

Der Antrag des Beschwerdeführers, das Verfahren gemäß § 33a StPO in die Lage zurückzusetzen, die vor dem Erlass des Beschlusses vom 25.08.2022 bestand, wird auf seine Kosten verworfen.

Gründe

Die Gehörsrüge nach § 33a StPO ist bereits unzulässig. Die Kammer hat den Anspruch des Beschwerdeführers auf rechtliches Gehör in ihrer Entscheidung vom 25.08.2022 nicht in entscheidungserheblicher Weise verletzt. In dem beanstandeten Beschluss hat sie sich gerade auch mit dem im Rahmen der Gehörsrüge erneuerten Vortrag des Beschwerdeführers auseinandergesetzt, worauf verwiesen wird (ll. 1. a) aa) (2)]. Hierbei hat sie den Umstand, dass möglicherweise einzelne Passanten zeitweise den Inhalt des Gesprächs verfolgen konnten, aber für nicht entscheidungserheblich erachtet. Denn jedenfalls waren – wie auch der Beschwerdeführer selbst vorträgt – die Polizeibeamten darum bemüht, die Öffentlichkeit auszuschließen und dies ist ihnen ersichtlich zumindest zeitweise auch gelungen (Lichtbild Bl. [REDACTED] d. A., Video B: [REDACTED] d. A., C [REDACTED] MP4). Auf den

- Seite 2 -

Vortrag des Beschwerdeführers zu dem Inhalt der weiteren Videoaufnahme C [REDACTED] MP4, die nachfolgendes Geschehen zeigt, kam es der Kammer also gar nicht mehr an, waswegen sie sich hierzu in ihrem Beschluss auch nicht; explizit vernieft.

 Für die Richtigkeit der Abschrift
Hamburg, 25.10.2022
[REDACTED]
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle
Durch maschinelle Bearbeitung beglaubigt
- ohne Unterschrift gültig

<https://t.me/dominikparadies>

FREIHEIT

FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

#Muc911

MÜNCHEN | 09.11.2022
DEMO AB 18 UHR | DETAILS FOLGEN



Oliver Janich
AM 9.11. SEIT
84 TAGEN IN HAFT
#FreeJanich



Michael Ballweg
AM 9.11. SEIT
133 TAGEN IN HAFT
#FreeBallweg



**BEKOMMT EINE
HAFTSTRAFE VON
35 JAHREN, WEIL ER EIN
KRIEGSVERBRECHEN
ENTHÜLLT HAT**

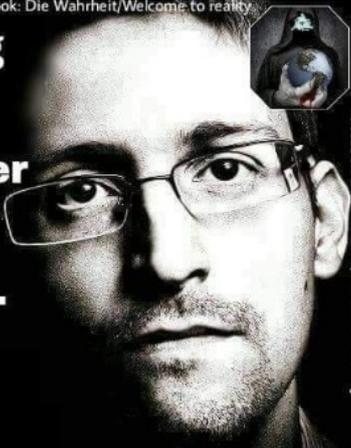


**BEKOMMT DEN
FRIEDENSNOBELPREIS
FÜR DROHNENMORDE,
FÜR DAS AUSSPIONIEREN
DER BEVÖLKERUNG UND
FÜR KRIEGE AUF DER
GANZEN WELT**

Facebook: Die Wahrheit/Welcome to reality

Die Regierung hat Angst vor Euch. Sie hat Angst vor einer informierten, wütenden Öffentlichkeit.

-Edward Snowden-
(Whistleblower)



Facebook: Die Wahrheit/Welcome to reality

Hilferuf des Nachrichtenspiegels: Findet §130 bereits Anwendung?



<https://tkp.at/2022/10/27/hilferuf-des-nachrichtenspiegels-findet-%C2%A7130-bereits-anwendung/>

Gestern ging ein Aufruf durch die sozialen Medien. „Unangemeldeter Polizeibesuch: Nachrichtenspiegel gibt auf“. In diesem Artikel bat der Gründer um Unterstützung. „Wir freuen uns über jeden Rat, jedes Hilfsangebot, jeden freundlichen Gruß – und über eine möglich große Öffentlichkeit.“ Dieser Bitte komme ich hiermit nach.

Der [Nachrichtenspiegel](#) ist kein radikales Medium. Ich kenne den Eifelphilosophen und den von ihm betriebenen Blog „Nachrichtenspiegel“ ca. seit 2012, habe dort auch ab und zu mal kommentiert bzw. sogar geschrieben. Die Autoren sind kritisch aber nicht radikal. Im Gegenteil. Man war klar links positioniert, Israelkritik – auch berechtigte – war unerwünscht, um ja nicht in die falsche Ecke ge-frame-d werden zu können. Bei Corona war zumindest Reiner Dammann sehr dem Mainstream verhaftet, für mich ein Grund, mich nicht weiter mit der Seite zu befassen. Mir fehlte es an Radikalität im Sinne von „von Grund aus erfolgreich, ganz und gar; vollständig, gründlich“. Bei dem Überangebot an Informationen im Internet war das auch kein Problem. Lesenswerte Seiten gibt es mehr als genug.

Die Meldung, dass jetzt gerade diese – in meinen Augen eher „braven“ – Blog-Betreiber von der Polizei besucht wurden, hat mich daher wirklich bestürzt. Reiner Dammann hat dazu einen ausführlichen Bericht verfasst, den er mit den Worten:

„Mittwoch, 26.10.2022. Eifel. Wir unterbrechen unser laufendes Programm wegen einer Sondermeldung: gestern erfuhr ich um 10 Uhr, dass es einen unangemeldeten Besuch von zwei Polizeibeamten beim Nachrichtenspiegel gab. Nun denkt wohl jeder, wir hätten ein großes Redaktionsbüro, viele Mitarbeiter, coole Räume mit Gratskaffee – aber dem ist nicht so. Die Zentrale des Nachrichtenspiegels ist das Wohnzimmer meines Freundes und redaktionellen Verantwortlichen Herrn Werner Menne. Sieht katastrophal aus dort: Herr Menne ist wie ich alleinerziehender Vater und – das darf ich sagen: schwer krank. Das ist das ganze Geheimnis des Nachrichtenspiegels – und ich erzähle hier gerne auch mal seine Geschichte, die am 19.2.2009 begann.“

einleitet und in dem man gegen Ende lesen kann:

„So in den Fokus der Staatsgewalt geraten zu sein darf Angst machen. Manche meinen, das sei Sinn der Aktion – doch mein Bild von diesem Land ist noch nicht so düster, dass ich sowas glauben würde. Ich würde mir aber gerne Aufklärung über diesen Besuch wünschen: weshalb ich die zuständigen Beamten

gerne zu mir einladen möchte ... nur leider kann sich Werner an ihre Namen nicht erinnern. Ich hätte da auch einige Fragen. Ich habe also Werner geraten, von weiteren Veröffentlichungen abzusehen – und werde mich hier auch erstmal zurückhalten, bis wir geklärt haben, wer uns warum die Polizei ins Haus geschickt hat.“

Die Geschichte des Hausbesuchs bzw. des Nachrichtenspiegels aus Sicht von Reiner Dammann findet man hier:

<https://www.nachrichtenspiegel.de/2022/10/26/unangemeldeter-polizeibesuch-nachrichtenspiegel-gibt-auf/>

Derartige Hausbesuche sind – in meinen Augen – gerade in Zeiten in denen die Meinungsfreiheit in Deutschland per Gesetz beschränkt wird, ein deutliches Zeichen dafür, wohin sich unsere Demokratie bereits entwickelt hat.

Natürlich habe ich die Überschrift provokant gewählt. Paragraph 130 ist in Deutschland meines Wissens noch nicht durch alle notwendigen Instanzen durchgewunken. Ich bin aber überzeugt, dass das nur eine Frage der Zeit ist. Der zeitliche Zusammenhang zwischen diesem neuen Gesetz und der Aktion beim Nachrichtenspiegel ist wohl ein reiner Zufall, wenn auch ein erschreckender.

Lebte ich in Deutschland hätte ich zugegebenermaßen jetzt selbst Angst vor einer derartigen Maßnahme, da ich seit 2012 aktiv und teilweise provokant Kritik am bestehenden System übe und bereits seit 2015 die „falschen Kriegsopfer“ unterstütze.

Genau das wollen die Verantwortlichen aber wohl. Angst machen. Und genau deshalb heißt es: weitermachen und versuchen, möglichst viele Menschen zu erreichen, Online in den kritischen Medien und auf der Straße.

Venceremos, no pasaran!

Andrea Drescher

Unangemeldeter Polizeibesuch: Nachrichtenspiegel gibt auf

Wir unterbrechen unser laufendes Programm wegen einer Sondermeldung: gestern erfuhr ich um 10 Uhr, dass es einen unangemeldeten Besuch von zwei Polizeibeamten beim Nachrichtenspiegel gab. Nun denkt wohl jeder, wir hätten ein großes Redaktionsbüro, viele Mitarbeiter, coole Räume mit Gratskaffee – aber dem ist nicht so. Die Zentrale des Nachrichtenspiegels ist das Wohnzimmer meines Freundes und redaktionellen Verantwortlichen Herrn Werner Menne. Sieht katastrophal aus dort: Herr Menne ist wie ich alleinerziehender Vater und – das darf ich sagen: schwer krank. Das ist das ganze Geheimnis des Nachrichtenspiegels – und ich erzähle hier gerne auch mal seine Geschichte, die am 19.2.2009 begann.

An jenem kalten, nassen Tag war Karneval in meinem kleinen Eifeldorf (154 Einwohner) Erkersruhr. Drei Narren standen mit Plärrmusik auf der Straße und störten die Stille, die Kinder waren bei der Mutter, meine Lebensgefährtin anderweitig beschäftigt. Es war langweilig. Nun lag mir der liebe Marigny de Grilleau (wir haben derzeit keinen Kontakt mehr – ich hatte nicht die richtige Meinung zu Corona, glaube ich, war nicht scharf genug – oder so) schon länger in den Ohren, ich sollte einen Blog machen – und mutig machte ich mich also an die unbekannte Technikwelt, erstellte eine Blog, suchte mir einen Künstlernamen aus (ja, würde ich heute nicht mehr machen, aber damals hießen alle Strandpirat 79, Kecherbelcher Nordpol oder kunterbuntes

Eichhörnchen). Da ich ein abgeschlossenes Studium der Philosophie besitze, mit dem ich nie viel anfangen konnte (mal abgesehen davon, dass meine Kundschaft – Ärzte – häufig sehr positiv auf diesen Fakt reagierten), dachte ich: Philosoph ginge. Sollte ja auch um Philosophie gehen. Nur: das war mir zu hochtrabend. Auf die Doktorarbeit hatte ich aus familiären Gründen verzichtet (war schon ein Wunschkind da), da hätte ich es anmaßend gefunden, mich sprachlich in die Reihen deutsche Medien- und Großstadtphilosophen einzugliedern. Ich schaute aus dem Fenster, weiter nach einem Nickname suchend – und sah: die trübe, kalte, melancholische Eifel. In angelsächsischen Ländern hatte man den Hang der Deutschen zur Philosophie schon mal mit unseren dunklen Wäldern in Zusammenhang gebracht, die unser Denken kompliziert und dunkel machten – eine seltsame These, sicherlich, aber sie war mir egal: Eifelphilosoph schien mir gerade richtig zu sein.

Ich schrieb also was und dachte mir: wenn ich am Ende des Monats 10 Leser hätte, die sich für Geschichten um Liebe, Tod, Gott, Gerechtigkeit, dem Sinn des Lebens und der aktuellen Politik interessieren würden, dann würde ich weiterschreiben. Der Gedanke war: die Bürger dieses Landes hatten mir ein Philosophiestudium finanziert (Bafög habe ich zurückgezahlt, aber die Kosten für Dozenten, Gebäude, Ausstattung Bücher kann man damit natürlich nicht abdecken) und ich fand es schön, einigen von Ihnen etwas davon zurückzugeben. Am Ende des Monats waren es 2222 Leser – ich durfte also weiterschreiben.

Ich habe durch das Schreiben – auch in den nächsten Jahren – viele interessante Menschen kennengelernt ... und vor allem habe ich gelernt, man kann mit allen reden. Das erfuhr ich bei meinem ersten Shitstorm: ich hatte rechtsradikale Thesen bei der Piratenpartei gefunden, worauf hin ich Post von 100 Piraten bekam – Post, die nicht besonders schmeichelhaft war. Aus zweien der Piraten sind dann während der hitzigen Debatte Freunde geworden, die ich persönlich kennenlernen durfte: ganz feine Menschen. Autisten ... wie vier meiner Kinder. Einen Menschenschlag, den ich sehr schätze, weil sie das Konzept von Lüge nicht begreifen – aber das ist ein anderes Thema. Aber auch sonst war ich verwundert, dass ich von links bis rechts viele geistig rege Menschen fand, mit denen es interessante Gespräche gab – jenseits von Ideologie, Parteiparolen oder Engstirnigkeit ... und ich fing an meine eigene Arbeit zu schätzen. Natürlich versuchten sich auch echte Nazis heranzuwagen, wie auch damals bei der Gründung der Grünen (Stichwort: Berliner Landesverband, die grüne Ideologie ist nicht so weit entfernt von der Blut-und Boden-Ideologie des Nationalsozialismus, wie man gerne gedacht hätte – und das war dann ein Einfallstor für üble Gesellen): meine Familie hat allerdings genug Menschen durch Nazis verloren, als das ich da groß Toleranz üben könnte. Nationalsozialismus – wie oft erwähnt – ist ein Verbrechen, kein politischer Standpunkt, gleichzusetzen mit Mord aus niedrigen Beweggründen, Kinderschändung und Vergewaltigung ... also keine Partner für philosophische Debatten, sondern ein Fall für den Staatsanwalt.

Dann kam der Herr Werner Menne auf mich zu und überzeugte mich, dass ich nicht mehr bei dem – inzwischen nicht mehr existenten – Anbieter Blog.de schreiben sollte, sondern eine eigene Seite betreiben müsse. Wollte ich erst nicht, habe von der Technik keine Ahnung, ließ mich aber letztlich doch davon überzeugen. Als Name für den Auftritt war dann schnell „Nachrichtenspiegel-online“ geworden, aus dem später dann bequemerweise der Nachrichtenspiegel wurde – weil es auch das war, was ich inzwischen tat: mir zu Nachrichten meine Gedanken machen. Gerne auch mal mit etwas Humor verbunden – allerdings habe ich davon zu wenig, als dass ich ein

Kabarettprogramm füllen könnte, doch es reicht – wie mir ein CDU-Mann versicherte – für gelegentliche „Schenkelklopfer“.

Ich wollte nicht, dass der Nachrichtenspiegel eine „One-Man-show“ würde, obwohl ich damals noch täglich schrieb, also luden wir andere ein, mitzuwirken, auch Künstler, Musiker, Autoren. Das Konzept setzte sich leider nicht ganz durch, schnell gab es Forderungen, dass wir doch was unternehmen sollten, dass ihre Leserzahlen den meinen glichen, dann kam wieder braunes Gesindel mit uralten Lügen über das jüdische Volk – allerlei unnützer Ärger also, der für zwei kranke, alte, alleinerziehende Männer neben der Bewältigung des Alltages etwas zuviel war. Trotzdem lief der Nachrichtenspiegel weiter, viele spannende Gespräche fanden dort statt – und gerade daran hatte ich Interesse. War wie Sokrates der Meinung, Philosophen sollten nicht dicke Bücher schreiben, sondern mit Menschen reden – wie es im alten Griechenland üblich war. Nur so kann man Menschen einen Nutzen bieten.

Natürlich war Politik ein beliebtes Thema. Politik interessierte die Menschen sehr, Gott, Liebe und Tod weniger. Also gut: handelten wir eben angebotsorientiert. Hauptziel war Hartz IV – und ich hoffe, dass ich meinen Beitrag geleistet habe, dieses unsägliche Monster zu Grabe getragen habe. Damit wäre ja meine Arbeit eigentlich schon erledigt.

Der Nachrichtenspiegel lief weiter – mit erstaunlichen Leserzahlen, die ich mir selbst kaum erklären konnte. Ich bekam sehr rührende Dankesbriefe – vor allem bleiben mir jene in Erinnerung, wo Menschen meinten, meine Worte hätten ihr Leben gerettet und sie davon abgehalten, es sich zu nehmen: ich merkte, dass ich von den Lesern so viel zurückbekam, wie ich verschenkte. Doch dann änderte sich einiges: wir konnten aus rechtlichen Gründen die Kommentarfunktion nicht beibehalten – und es wurde still im Nachrichtenspiegel. Jedenfalls für mich. Nur provokante Texte schreiben, ohne mich mit der erhofften Gegenmeinung auseinandersetzen zu können, wurde zunehmend uninteressant – weshalb ich auf Facebook auswich. Und dann kamen private Probleme dazu: ein Sohn entwickelte eine der Wissenschaft bis heute unbekannte Schlafkrankheit – und ich hatte ein Stellenangebot bekommen, das mich sehr interessierte: die Arbeit an Hauptschulen mit jenen Schülern, die Lehrer und Eltern schon aufgegeben hatten. Einer davon studiert jetzt Jura, nebenbei gemerkt: man kann also was machen.

Es wurde also ruhiger um mich, ich schied auch konsequenterweise als Mitinhaber aus – und Werner füllte die Lücken mit Massen von Videos. Ich schaue keine You-tube-Videos – und mir gefallen viele davon gar nicht ... besonders, seitdem Corona übers Land gezogen ist. Ja – deshalb haben sich viele von mir getrennt: ich halte es – wie oft gesagt – für keine harmlose Schnupfenerkrankung ... und habe das schon ausführlich bei Facebook beschrieben, als die Bundesregierung es noch für harmlos hielt. Ich habe halt auch eine Ausbildung als klinischer Monitor und konnte die Daten aus China lesen – was die beschrieben, war nicht harmlos.

Nun ist der Nachrichtenspiegel aber auch mein geistiges Kind – und als Vater von sieben Kindern läßt man sein Kind nicht ganz allein. Obwohl sich meine Lebensumstände inzwischen so sehr verändert haben, dass ich kaum noch Zeit für irgendwas habe, verpflichtet ich mich, alle zwei Wochen – Dienstag – einen der längeren Artikel zu schreiben, um meine Meinung zu gewissen Themen zur Diskussion zu stellen – die dann aber nur bei Facebook stattfand – oder am Lagerfeuer. Seit Corona benutze ich auch keine alternativen Quellen mehr: zu meinem Leidwesen hat sich die Szene des „Graswurzeljournalismus“ verändert: wo früher kritische Intelligenz antrat, stehen heute platte Parolen, plumpe Gegenideologien oder einfach nur der Wunsch, für drei Sekunden viel Aufmerksamkeit mit erfundenen Geschichten zu

haben („Trump ist in Berlin!!!!“) – das ist aber ganz gegen jene Essenz, die eine offene Gesellschaft ausmacht: ein libertäres philosophisches Konzept des Karl Popper, das ich sehr nützlich finde.

Und das – liebe Polizei – ist der Nachrichtenspiegel, nach dem Sie sich so aufmerksam erkundet hatten.

Ich habe ja gestern schon viele angeschrieben und versuche nun einige Fragen zu beantworten. Erstmal ist es mir wichtig, klar zu stellen, dass die Beamten außerordentlich freundlich waren – was mich auch persönlich freut. Ich schätze einige Berufsgruppen mehr als andere, Feuerwehr, Rettungsdienste, Krankenhauspersonal, einige niedergelassene Ärzte, Müllabfuhr, Pflegepersonal, Kindergärtnerinnen (den Lärm in der Kita sollte man sich wirklich mal anhören, bevor man die Besoldung beschließt) – und Polizei. Sollte mal eine Horde nackter, blutrünstiger, gröhrender Kannibalen vor meiner Haustür lungern, reicht ein Anruf – und die Rettung naht. Wie die meisten meiner Mitbürger traue ich der Polizei sehr, weil ... ich einige persönlich kenne, weiß, was die mit – und durchmachen, weiß, dass ihre Ehen selten halten, ihre Bezahlung bescheiden ist – und außerdem habe ich alle Folgen von Schimanski-Tatorten aus Duisburg gesehen. Insofern gibt es am Auftreten der beiden Herren nichts zu beanstanden.

Nur: mein Freund Werner steht unter Schock. Wir haben gestern kurz telefoniert – er war nicht in der Lage, mir Details des Gespräches zu vermitteln. Klar ist: es gab keinen Durchsuchungsbefehl. Es gab auch keine Durchsuchung. Es gab auch keinerlei Anschuldigungen. Die Herren wollten nur mal über den Nachrichtenspiegel sprechen – und hatten eine dicke Akte dabei, in die Werner aber keine Einsicht nehmen konnte. Er macht sich ernsthafte Sorgen um sein Leben – falls er in Untersuchungshaft kommt und das Fachpersonal dort seine Pillen vergisst. Vielleicht übertrieben – aber wir sind halt beide völlig unbescholtene steuerzahlende Bürger, die noch nie Ärger mit dem Gesetz hatten, noch nie im Visier der Strafverfolgung waren ... und deshalb auch zugegebenermaßen etwas konsterniert sind. Gibt es da nicht gerade wichtigeres zu ermitteln? Sind wir so bedeutend, dass man uns soviel Aufmerksamkeit zukommen lassen muss?

Zugegebenermaßen weiß ich nicht, was mein Freund Werner da zwischenzeitlich alles an Videos veröffentlicht hat – aber es gab ja auch keine Vorwürfe. Habe heute mal kurz drübergeschaut ... wäre auch nicht so meins, was da so behauptet wird: aber meine Meinung ist nun mal wirklich auch nicht Querdenkerkonform, sondern kritisch. Ich habe nicht genug Fakten, um den Klimawandel zu leugnen – aber einige eigene Beobachtungen vor Ort (32 Jahre Eifel), die darauf hinweisen, dass es in der Tat wärmer ist. Corona war gefährlicher als andere Nieshustendinger – da bleibe ich bei – aber wie der Drosten schon mal sagte: das Virus will uns nicht umbringen, sondern nur mit uns leben. Nach 17 Jahren Pharmaindustrie lehne ich Grippeimpfungen generell ab – alle anderen Impfungen nicht. Die neue aber schon – und je mehr Menschen um mich herum Probleme wegen der Impfung bekommen, umso weniger bereue ich meinen Entschluss, mich lieber Corona zu stellen als dem Chemiecocktail. Aber von mir aus soll sich doch jeder spritzen, was er möchte. Nach wie vor bin ich auch der Meinung, dass man mehr mit den Bürgern hätte darüber reden müssen, dass Deutschland nun Einwanderungsland werden soll. Generell bin ich ein Freund des Gedankens der planetaren Zivilgesellschaft – aber es müssen nicht alle an einem Ort wohnen, das macht unnötigen Streß – und es gibt andere, vernünftige Lösungen.

Und die Ukraine? Nun, habe 2014 schon darüber geschrieben, dort einen Experten zitiert, der meinte, dass Russland (also: seine Militärs) nicht würde dulden können, dass die Ukraine in die

Nato integriert wird: dann wäre Moskau nicht mehr zu verteidigen, sagen sie. Und Militärstrategen machen halt nur auch ihren Job, nörgeln ihren Präsidenten voll ... und schon haben wir den Salat. Aber damit sowas nicht ausartet, haben wir ja Diplomatie – dachte ich. Stehe deshalb auch fassungslos vor dem Scherbenhaufen ... und dem, was uns da die Zukunft bringen wird. „Putin muss weg“ halte ich da für genauso beschränkt und sinnlos wie „Merkel muss weg“ – aber darüber schrieb ich ja schon genug. Und dass bei dem Konflikt Russland Nato 140 Millionen Russen über 900 Millionen Natomenschen gegenüberstehen würden, zeigt auch, wer hier gerade der Goliath ist...abgesehen von der vernichtenden atomaren Option.

Ganz ehrlich: ist das eine Haltung, die schon polizeilicher Beobachtung verdient? Oder unbegründete Hausbesuche?

Nun – mit schwammigen Beobachtungstatbeständen wir „Delegitimierung des Staates“ kann man einiges herbeireden. Noch immer hat die Bundesregierung nicht auf eine kleine Anfrage reagiert, wie denn das zu definieren und abzugrenzen sei. Schaut man, was Staat eigentlich ist ... so sind das wir alle. So wie wir auch der Souverän sind.

Und wie gehen wir damit um?

Nun – irgendwer hat die Polizei zu uns geschickt. So sehr man auch ihre Hilfe schätzt, wenn die Kannibalen kommen, um so unsicherer darf man werden, wenn man selbst auf einmal Täter zu sein scheint – aber noch nicht mal weiß, worum es geht. Da wir beide arme, kranke Frührentner sind, sind wir auch nicht optimal für solche Auseinandersetzungen aufgestellt. Ich selbst habe hier 1534 Artikel geschrieben, in der Regel sechs Seiten lang: da ist genug Material, das böswillige Menschen zurechtbiegen könnten – und das wurde ja schon mehrfach – vergeblich – versucht. Zwar formuliere ich provokant – aber wir sind ein Nachdenkmagazin, da gehört die provokante These einfach dazu – da ist jedoch nichts schlimmer als das, was die Heute-Show, die Anstalt, Volker Pispers oder Christoph Sieber bringen.

Nur: bei aller Kritik an Zuständen im Lande und in der Welt: die Idee des Staates würde ich nie delegitimieren wollen. Doch warum, das ist ein anderes Thema.

So in den Fokus der Staatsgewalt geraten zu sein darf Angst machen. Manche meinen, das sei Sinn der Aktion – doch mein Bild von diesem Land ist noch nicht so düster, dass ich sowas glauben würde. Ich würde mir aber gerne Aufklärung über diesen Besuch wünschen: weshalb ich die zuständigen Beamten gerne zu mir einladen möchte ... nur leider kann sich Werner an ihre Namen nicht erinnern. Ich hätte da auch einige Fragen.

Ich habe also Werner geraten, von weiteren Veröffentlichungen abzusehen – und werde mich hier auch erstmal zurückhalten, bis wir geklärt haben, wer uns warum die Polizei ins Haus geschickt hat.

Und euch, liebe Leser, möchte ich um Hilfe bitten. 13 Jahre haben wir euch unterhalten, sachlich informiert, zu Gedanken provoziert, in euren Sorgen unterstützt, euch im Zug die Zeit vertrieben: jetzt brauchen wir mal Hilfe. Wie die konkret aussehen kann, kann ich noch nicht sagen – moralische Unterstützung wäre schon mal schön. Und: das Herstellen einer Öffentlichkeit, die Anteil nimmt an Polizeimaßnahmen, die auf den ersten Blick willkürlich scheinen. Wäre das denkbar?

Ich habe für diesen Zweck auch eine E-Mail-Adresse eingerichtet, über die Kommunikation möglich ist: Nachrichtenspiegel@web.de

Wir freuen uns über jeden Rat, jedes Hilfsangebot, jeden freundlichen Gruß – und über eine möglich große Öffentlichkeit. So, und ihr, liebe Freunde und Helfer, kennt nun die Geschichte des Nachrichtenspiegel – die ganze Geschichte. Und wisst, was

euer Besuch angerichtet hat. Ich hoffe, dass damit alle Fragen geklärt sind. Absichtlich oder willentlich sind von uns keine der insgesamt 1.773 Bundesgesetze mit 50.738 Paragraphen und 2.795 Bundesrechtsverordnungen mit 42.590 Paragraphen (plus die Gesetze und Rechtsverordnungen der 16 Länder) verletzt worden, noch tendieren wir dazu, die von uns als Bürgern zu unserem eigenen Schutz erdachten Regelungen in Frage zu stellen.

Eifelphilosoph



Der Ukraine-Krieg offenbart die imperiale Struktur des US-Militärs

Oktober 25, 2022

Von Peter Haisenko

Seit der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika 1776 hat niemand diese Union angegriffen. Es waren die USA selbst, die mit Angriffskriegen Spanien, Frankreich und Mexiko vom nordamerikanischen Kontinent vertrieben haben. Um 1900 haben die USA dann ihre Kriegsflotte aufgebaut und ihre Eroberungsfeldzüge in Übersee begonnen, die schon damals als „Befreiungskriege“ bezeichnet wurden. Das Militär der USA ist nicht darauf ausgerichtet, das Mutterland selbst zu verteidigen.

Jetzt höre ich schon den Einwand: Hawaii und Pearl Harbour! Das trifft nicht zu, denn 1941 war das Hawaii-Archipel kein Staat der USA. Sie hatten es am 7. Juli 1898 gewaltsam annektiert und erst 1959 wurde Hawaii zum 50. Bundesstaat der USA. Der japanische Angriff auf Hawaii war folglich kein Angriff auf die USA, sondern vielmehr der Versuch der Japaner, die alten (Handels-)Verbindungen der Inselgruppe mit Japan und China wiederherzustellen und die Annexion durch die USA rückgängig zu machen. Man könnte das als den gescheiterten Versuch eines echten Befreiungskriegs bezeichnen. Interessant an Hawaii ist auch, dass Hawaii jetzt der einzige Bundesstaat der USA ist, der ehemals ein selbstständiges Königreich war. Sehen Sie dazu Wikipedia: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hawaii>

Ebenso interessant ist die Entwicklung der Philippinen um 1900, die dereinst spanische Kolonie waren. Hier die Kurzform: 1896 lehnten sich philippinische Führer gegen die spanischen Kolonialherren auf. Das kam Washington zu Pass, denn man befand sich mit Spanien ebenfalls im Krieg. So entsandten die USA ihre Flotte zu dieser Inselgruppe, vertrieben die Spanier und brachten so den Philippinos, die die Unabhängigkeit wünschten, keine Unabhängigkeit. Sie kamen vom Regen in die Traufe, nämlich von spanischer Herrschaft in die amerikanische. Dass dabei etwa eine Million Philippinos den Tod fanden, gehört wohl zum normalen „Kriegsgeschäft“ der USA.

Die USA hatten fortan die nächste Militärbasis im Pazifik, neben Hawaii und einigen anderen kleinen Inseln im Pazifik. Dass das alles den hehren Versprechungen der Monroe-Doktrin von 1823 widersprach, spielte keine Rolle. Es zeigt aber auf, dass die USA spätestens um 1900 ihre Vorbereitungen trafen, Japan und China angreifen zu können. Dass auch im Fall der Philippinen seitens der USA massive Gewalt eingesetzt worden ist, beschreibt schon der

Terminus „Philippinisch-Amerikanischer Krieg“. Auch hierzu ist die Darstellung auf Wikipedia aufschlussreich: https://de.wikipedia.org/wiki/Philippinisch-Amerikanischer_Krieg

Die USA haben seit 100 Jahren keinen Krieg gewonnen

Wir sehen also, dass die USA selbst während ihres Bestehens nicht angegriffen worden sind. Schon gar nicht von Übersee. Dennoch haben die USA während ihrer kurzen Geschichte mehr als 200 Kriege geführt. Alle außerhalb ihres Staats, ja zum größten Teil sogar außerhalb ihre Kontinents. Dieser Umstand wirkt sich natürlich aus auf die Grundstruktur ihrer Militärmaschine. Diese ist ähnlich aufgebaut wie die des British Empire, nämlich nur ausgerichtet auf Kriege außerhalb ihrer Insel. Beide haben während der letzten 100 Jahre keine echten Landgewinne erzielt. Sie haben sich darauf beschränkt, andere Länder, vornehmlich wirtschaftliche Wettbewerber, zu zerstören oder in eine totale Abhängigkeit zu bomben.

So kann man sagen, die USA haben seit 100 Jahren keinen Landkrieg gewonnen. Auch während des Ersten und Zweiten Weltkriegs haben sich die USA erst eingemischt, nachdem das Deutsche Reich bereits von anderen, vornehmlich Russland, so geschwächt war, dass man schon von Leichenfledderei sprechen kann. Seit ihrem Bestehen mussten sich die USA nicht auf eigenem Terrain gegen einen Eindringling wehren. So haben die USA eine reine Angriffsarmee, deren Rückgrat die Marine mit Flugzeugträgern, Landungsbooten und die Luftwaffe mit Langstreckenbomben ist. Ihre Militärindustrie hat zwar moderne Waffensysteme entwickelt, die für Bodenoperationen geeignet sind, aber die sind mehr für den Export gedacht. Entsprechend wenig davon haben sie in Reserve im eigenen Land.

Die US-Verteidigungsmittel sind endlich

Weiterhin hat das US-Militär praktisch keine Erfahrungen, wie es mit einem Angreifer umgehen kann. Vor allem mit einem, der nicht nur selbst wehrhaft ist, sondern auch der US-Militärtechnik Paroli bieten kann. Nahezu alle Kriege der USA, Angriffskriege, waren gegen Staaten, die über keine wirksame Abwehr gegen die Luftangriffe verfügten. Schon gar nicht gegen die Bomber, die aus zehn Kilometer Höhe das Land verwüsten. Das ist jetzt in der Ukraine anders. Hier hat Russland die nahezu totale Luftüberlegenheit, was sonst immer das Pfund der US-Armee ist. Dazu kommt, dass die russische Raketentechnik der der Amerikaner überlegen ist. Ebenso wie die russische Abwehrtechnik gegen Raketen und Flugzeuge. Und ja, die USA sind Kriegspartei im Ukraine-Krieg und so liegt der NATO-Generalsekretär Stoltenberg richtig, wenn er sagt, ein Sieg Russlands in der Ukraine wäre eine Niederlage der NATO/USA.

Diesem Thema hat sich jetzt die US-Zeitung „New Yorker“ mit einem Artikel gewidmet. Man beklagt dort, dass Russland „regelmäßig“ amerikanische Haubitzen des Typs M777 durch Raketenangriffe zerstört. "In einem Fall brachten die Streitkräfte in der Ostukraine mehrere M777 von einer Feuerstellung in einen Schuppen und innerhalb weniger Minuten schlug eine russische Rakete dort ein und zerstörte sowohl die Geschütze als auch die Lastwagen, mit denen sie transportiert wurden", schreibt die Zeitung. Der Punkt dabei ist, dass das Reservoir der USA an diesen Waffen begrenzt ist. Eben weil man diese kaum für die eigene Kriegsführung benötigt. Ähnliches gilt für die HIMARS-Raketenwerfer. Dazu sagen Pentagon-Quellen: Viele HIMARS-Systeme wird man der Ukraine nicht zur Verfügung stellen

können. "Nicht, weil wir Ihnen nicht trauen, sondern weil sie auf dem Planeten Erde einfach nicht in unbegrenzter Zahl zur Verfügung stehen".

Nur bedrohte Länder bauen Verteidigungskapazitäten auf

So verfügt das US-Militär zwar über eine übermächtige Angriffsmaschinerie an Schiffen und Flugzeugen, aber sobald es darum geht, am Boden Land zu erobern und zu sichern, sind sie schlecht aufgestellt. Derartige Kapazitäten haben nur Länder aufgebaut, die ihr Territorium gegen Angriffe verteidigen wollen oder befürchten, es zu müssen. Das aber war für die USA noch nie der Fall. Deswegen zeichnet sich auch ein Mangel an Luftverteidigungssystemen ab, die die Ukraine jetzt anfordert. Einem hochrangigen Beamten des US-Verteidigungsministeriums zufolge ist das Problem eher technischer als politischer Natur: "Wir haben nicht viele Luftabwehrsysteme, die wir zur Verfügung stellen könnten." Auch das ist schlüssig, denn die USA müssen sich nirgendwo gegen Luftangriffe verteidigen. Schon gar nicht ihre etwa 1.000 Militärbasen, die sie weltweit geschaffen haben. Die Regierungen dort haben sie unterjocht und die werden die US-Basen nicht angreifen, schon gar nicht mit Angriffen aus der Luft, selbst wenn sie es könnten. Selbst in Afghanistan gab es keine Luftwaffe, die die US-Soldaten hätte angreifen können.

So darf festgestellt werden, dass die USA selbst eigentlich überhaupt keine Landesverteidigung benötigen. Ein einfacher Küstenschutz wäre ausreichend. Warum also sollten sich die USA mit Militärmaterial belasten, das der (eigenen) Verteidigung dient? Allerdings kommt im Fall Ukraine noch der Faktor Geld zum Tragen. Es ist absehbar, dass Kiew für die gelieferten Waffen nichts bezahlen wird, einfach weil das Land schon lange pleite ist. Aber mit diesem Zustand kennen sich die USA ja selbst bestens aus. Früher war es mal so, dass jeder Krieg zu Ende war, wenn einer Kriegspartei das Geld ausging. Der Ukrainekrieg wird also nicht nur mit Waffenlieferungen in die Länge gezogen, auch die mittlerweile 100 Milliarden „Finanzhilfen“, die bereits in die Ukraine gepumpt worden sind, verzögern das Kriegsende. Milliarden, die niemals zurückerstattet werden können.

Eine Situation wie beim Ersten Weltkrieg

Dass dieser Faktor auch eine Rolle spielt für Washington mag man am Vergleich mit dem Ersten Weltkrieg ermesen. Die US-Notenbank FED hatte alle Kriegsparteien finanziert. Auch das Deutsche Reich. Nun war den Herren in Washington aber klar, dass sie ihr Geld von Paris und London niemals wiederkriegen werden, wenn Deutschland diesen Krieg gewinnt. So haben sie mit ihrem Eingreifen ihr eigenes Bankensystem gerettet. Darum ging es. Deswegen hat Präsident Wilson auch schnell einen Separatfrieden mit dem Deutschen Reich geschlossen, der die vorrangige Bezahlung deutscher Schulden an die USA vorsah.

Aber besteht jetzt mit der Ukraine nicht dasselbe Problem? Das Problem, das die USA schon vom Vietnamkrieg kennen. Dem Krieg, der nur Geld und Menschenleben gekostet hat und 1971 zum Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods geführt hat. Ob deswegen die Ukraine diesen Krieg nicht verlieren darf? So, wie England und Frankreich den WK I nicht verlieren durften? Nur diesmal geht diese Rechnung nicht auf, denn Russland wird so oder so keine Reparationen bezahlen, wie es das Deutsche Reich musste. Übrigens: Die letzte Zahlung der BRD für die Kriegsschulden des WK I erfolgte im Jahr 2011.

Das Ende des US-Imperiums kann der Welt Frieden bringen

So geht es auch im Ukraine-Krieg, wie bei den allermeisten Kriegen, nicht um Menschenleben oder Gerechtigkeit. Es geht um Geld, sehr viel Geld, und um den Machterhalt des USA/NATO-Imperiums. Dem Imperium, das mit seiner Betrugsmaschine des Schuldengelds nur existieren kann, solange es mit seiner Kriegsmaschine die „freie Welt“ dominieren kann. Mit einer Kriegsmaschine, die rein offensiv für Einsätze weltweit ausgerichtet ist. Einer Kriegsmaschine, die nicht darauf vorbereitet ist, sich einem ebenbürtigen Gegner zu stellen. Einen ersten Eindruck über die Untauglichkeit dieser Doktrin haben die USA in Syrien erleben müssen und sie haben nichts daraus gelernt.

Jetzt im Ukraine-Krieg wird sichtbar, dass die NATO-Kriegsmaschine nicht auf territoriale Verteidigung ausgerichtet ist. Sie ist der Schutzherr des westlichen Kapitals, der Dominanz des US-Dollars. Der aber steht kurz vor dem Zusammenbruch und damit des gesamten Imperiums. Ohne Dollar aber werden auch alle Oligarchen wie Soros & Co ihre Macht verlieren, weil sie ihre Vasallen nicht mehr bezahlen können. Das könnte zu wunderbaren, friedlichen Verhältnissen führen, ohne „Farbrevolutionen“ und anderen Versuchen, den Frieden für den eigenen Machterhalt zu stören. In diesem Sinn kann man nur sagen: Danke Russland, danke Präsident Putin, dass ihr uns vom imperialen Finanzjoch der westlichen „Finanzeliten“ befreit... wenn wir Glück haben und NATO-stan nicht im letzten Moment alles zerstört, weil sie es nicht mehr dominieren können. Eben wie es das British Empire mit dem Ersten Weltkrieg gemacht hat.

Ohne den Ersten Weltkrieg hätte es keinen Adolf Hitler an den Hebeln der Macht gegeben. So muss auch derjenige für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht werden, der den Ersten angezettelt hat. Lesen Sie dazu das Werk von Reinhard Leube, der mit 600 Quellen nachweist, dass das Deutsche Reich, Kaiser Wilhelm II, bis zur letzten Sekunde versucht hat, diese Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts zu vermeiden: „**Londoner Außenpolitik und Adolf Hitler – gibt es eine blinden Fleck?**“ Bestellen Sie Ihr Exemplar [direkt beim Verlag hier](#) oder erwerben Sie es im Ihrem Buchhandel.

hier eingereicht von Der_Skorpion_43

Ich verstehe mich - noch - als
Bürger der Bundesrepublik
Deutschland. Aber als
souveräner Bürger
verstehe ich mich
nicht mehr.

ANDERWELT ONLINE .COM
DAS PORTAL DES ANDERWELT FORUMS FÜR KRITISCHER JOURNALISMUS UND WERBUNGSLEBEN
Nicht in meinem Namen!
Von Prof. Dr. Wolf G. Betschler

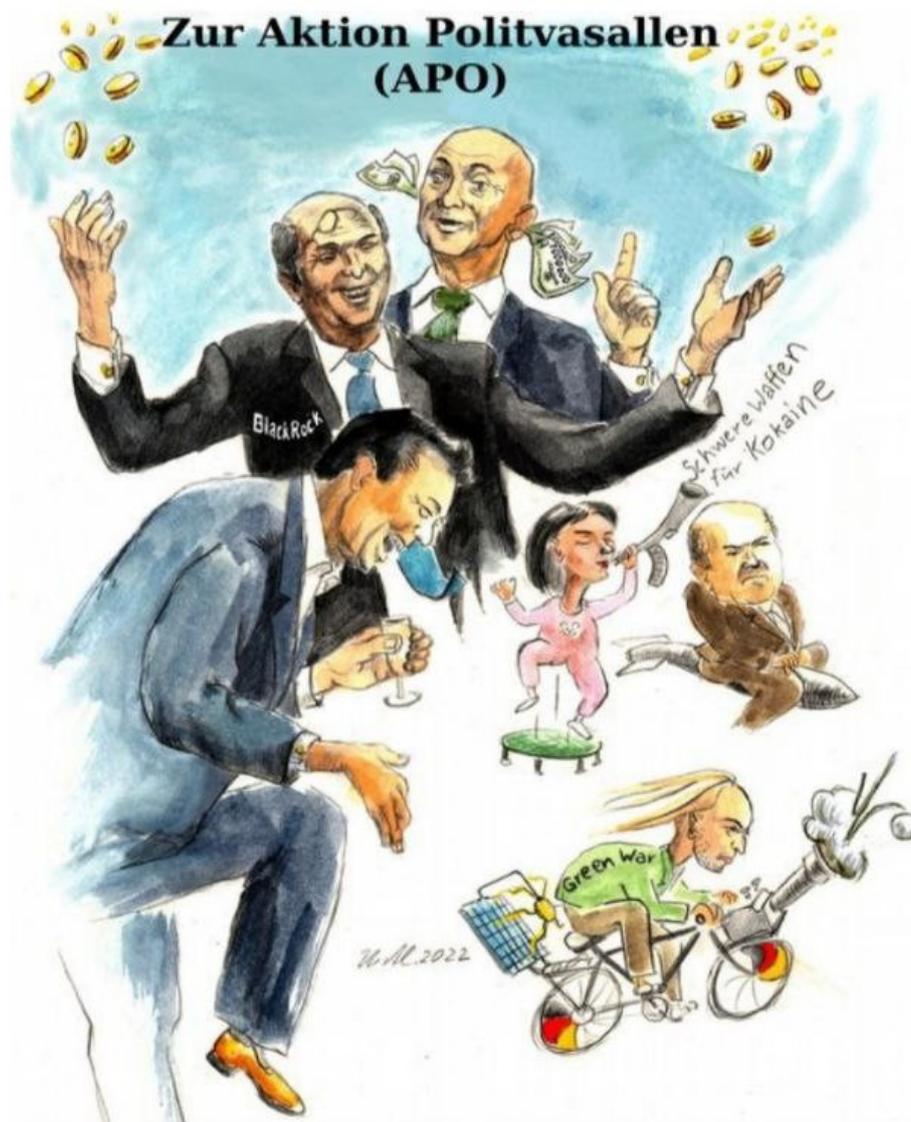
Denn:
Was hier geschieht
derzeit in der politischen
sowie finanzpolitischen
Landschaft, geschieht nicht in
meinem Namen. Mein Wahlkreuz
ist wertlos gemacht worden.

© Der_Skorpion_43

	
Telegram – Verteiler – für „Der Aufstand“	
Stand: 30.10.2022, 17.00 Uhr	Mitgliederzahlen:
Free Slave Projekt	14
Vernetzung international	15
Die weiße Fahne -> Wir wollen mit allen verhandeln	20
Widerstand- NF Chat Gruppe	19
ZK Austausch und Diskussion	22
Gesellschaft der Gleichen	28
Friedensaktivisten Freie Linke Nordost	28
FREIHEITS-CHAT-Diskurs	36
Gelbe Westen deutschlandweit	45
Freie Bürger Leck	53
dieBasis Sigmaringen	56
Frei Sprech Zone	58
Schwerin MV steht auf!	58
Freiheitsboten_Ideensammlung Aktiv	65
UMEHR e.V. (öffentlich)	66
Bodensee alternative News	67
Freie Bürger Beverstedt	69
Freiheitsboten Henstedt- Ulzburg	72
Druschba Greifswald	73
Ostholstein Corona Demo	76
RatschkattlMuenchen	82
Wir Impfstoff-freien in Deutschland	85
Info Gruppe Widerstand	85
Freie Bürger - Freie Meinung	87
Chat Orga Team Kunsthalle	88
Hamburger Mahnwache - Diskussionsgruppe	97
dieBasis Schwabisch Hall	98
Mannheim im Aufbruch	118
Ungeimpft	120
Bremen steht auf Chat	122
Wir-lassen-uns-nicht-spalten	123
Für Selbstbestimmung, echte Demokratie	124
dieBasis Freiburg (geschlossene Gruppe)	125
Gemeinsam2020	125
dieBasis Reutlingen	126
Speakers Café Original	139
Friedlich & Vereint BS - Briefkasten	142
Leuchtfener der Hoffnung	142
Widerstand2020 MV	149
Freie Linke Nord	149
Ludwigsburg diskutiert	157
dieBasis Rottweil	157
Frieden Freiheit keine Diktatur Widerstand 2022	166
dieBasis Tübingen	168
Glaub den Medien nicht!	168
Nicht ohne uns! Bayern	178
Freiheitlicher Widerstand BHV	179
dieBasis Rhein-Neckar	195
Autokorso SE	205
Info Kanal Widerstand	206
--Widerstand2020 Aktivgruppe	223
Norderstedt for Freedom, Peace & Love	247
Impfzwang? Nein Danke!	281
Die Gelbwesten	283
-Freiheit für Julian Assange	284
Reale Verschwörungen - Das Facebook-	303
RFG Chat: Diskussion, Gespräche und	315
Meinungsfreiheit und freier Meinungs Austausch	323

Demokratischer Widerstand (Südbaden)	329
-Corona Rebellen Berlin	336
Eine eigene Meinung teilen! Für M...	337
Politische Bilder Chat	343
HessenChat_Widerstand2020	351
Bündnis Soziale Dreigliederung	410
-Münchner Flashmopper	421
-Corona Kritik Velbert Heiligenhaus	443
Schleswig-Holstein's 🇩🇪	447
Menschenrechte für Leer Ostfriedensland	453
Corona Rebellen Nord	486
Für die Verhältnismäßigkeit der Corona	506
Widerstand Niedersachsen	541
ZensurNEINdanke - Chat -	642
Unterstützung & News Weltgeschehen	644
Widerstand News 2022	589
DruschbaFM Chat	589
Europäische Beobachtungsstelle für Menschenrechte	675
Wikihausen-Diskussion	676
-Bananenrepublik BRD! 🇩🇪 Willkürjustiz	697
RLD - CHAT	701
Frieden * Freiheit * Souveränität	787
Widerstand Köln - Demos, Aktionen, Autokorsos,	795
CoronaRebellen NF/RD/HEI/SL	835
Systemkritiker: Ken Jebesen, Dr. Daniele	852
Wir Landshut 🇩🇪	882
Corona Rebellen Sachsen	894
DIE UNBEUGSAMEN	900
Hamburg steht auf	939
Freie Brandenburger - Chat	987
Ukraine-Krieg	1.107
Freies, unbeugsames Sachsen	1.110
zwanzig4.media - Diskussionsgruppe	1.111
FREIE PRESSE (offiziell)Gel	1.151
Ungeimpfte Oberberg	1.206
IG Wirtschaft.dieBasis	1.222
RusslandDeutsche	1.233
FreeTruthMedia – Diskussion	1.235
Diskussion RA Ralf Ludwig	1.239
Buergerbewegung Leipzig 2021 die 89iger	1.302
Fakten Krieg der Ukraine	1.305
--Sag es mit Bildern-Diskussion	1.327
Sag nein zur Impfpflicht	1.404
-Ich bin in DeutschlandDENews, Info,	1.416
-Freie Bürger Kassel	1.463
Chat Freie Linke Zukunft	1.464
Freundschaft mit Russland	1.470
--Hallo Meinung - Chat - Peter Weber	1.515
-Corona Rebellen Düsseldorf	1.549
great awakening art chat	1.677
-Widerstand & Covid-19 Impfstoff-Nebenwirk...	1.843
Pflege gegen Impfpflicht	2.154
GRUNDRECHTE OSNABRUECK	2.258
--TOPNEWS AUSTRIA CHAT	2.307
GASKRISE - ENERGIEKRISE - WIR STEHEN	2.746
Wahrheits Kongress 2020	3.180
Eva Herman Fanchat goes Tag X	4.296
Gesamt Mitgliederzahl:	69.943

Wir suchen nach weiteren Gruppen in denen Meinungsfreiheit gewährt wird und bitten bei der Suche und bei der Weiterverteilung um eure Mithilfe.



„Durch die Aufspaltung der Wähler in das politische Parteiensystem können wir sie dazu bringen, **ihre Energie für Kämpfe aufzubrauchen**, für Fragen, die keinerlei Bedeutung haben.“, heißt es in einem Montagu Norman zugeschriebenem Zitat. (Norman war von 1920-44 Gouverneur der Bank of England, die auch heute noch eine der mächtigsten Zentralbanken der Welt ist.)

Ein Sargnagel echter Demokratie ist in den Regierungsverträgen der Deutschen Bundesregierungen (seit mindestens 2005 wortgleich) festgeschrieben: „Im Deutschen Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien **stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab**. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.“ (Koalitionsverträge von 2005 Seite 141; von 2009 Seite 131; von 2013 Seite 128; von 2017 Seite 173; von 2021 Seite 138)

Dies ist obendrein ein Bruch von Artikel 38 (1) des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, **an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen**.“

So ist der Einfluss der Wähler auf relevante politische Entscheidungen eine pure Illusion. Bereits 2013 konstatierte das Wall Street Journal, dass das neoliberale, marktradikale Programm (Nehmt es von unten und gebt es nach oben.) nicht mehr demokratisch abwählbar sei. Noch drastischer drückte es Wolfgang Schäuble, der ehemalige deutsche Finanzminister, 2015 in der Eurogruppe aus: „ ... wir können unmöglich zulassen, dass eine Wahl etwas ändert“.

Schon 2019 war den Ultrareichen, die nur 0,01 Prozent der Bevölkerung darstellen, klar, dass das bisherige System nicht mehr mit herkömmlichen Mitteln zu retten ist. Seit zweieinhalb Jahren führt nun eine gesteuerte faschistoide und kriegstreiberische Vasallenregierung einen Angriff auf das eigene Volk, um den Zusammenbruch der US-dominierten unipolaren Weltordnung hinauszuzögern. Die gewollte Plünderung des bisherigen Systems geht an die Existenzgrundlagen der Menschen.

Wir werden nicht für einen Endsieg an der Ostfront frieren, wie es nun diese Minderheit einer globalen neofeudalen Kaste uns aufzudrücken versucht.

Chaplins Rede an die Menschheit aus seinem Film „Der große Diktator“ (Auszug)



„Im Namen der Demokratie! Lasst uns diese Macht nutzen! Lasst uns zusammenstehen! Lasst uns kämpfen für eine neue Welt, für eine anständige Welt! Die jedermann gleiche Chancen gibt, die der Jugend eine Zukunft und den Alten Sicherheit gewährt. Versprochen haben die Unterdrücker das auch, deshalb konnten sie die Macht ergreifen. Das war Lüge, wie überhaupt alles, was sie euch versprochen! Diese Verbrecher! Diktatoren wollen die Freiheit nur für sich, das Volk soll versklavt bleiben!

Lasst uns diese Ketten sprengen, lasst uns kämpfen für eine bessere Welt! Lasst uns kämpfen für die Freiheit in der Welt! Das ist ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt. Nieder mit der Unterdrückung, dem Hass und der Intoleranz! Lasst uns kämpfen für eine Welt der Sauberkeit, in der die Vernunft siegt, in der Fortschritt und Wissenschaft uns allen zum Segen gereichen. Kameraden! **Im Namen der Demokratie! Dafür lasst uns streiten!**“ (Die komplette Rede ist leicht im Internet zu finden)

Die Videos der APO (Aktion Politvasallen) können angeschaut werden unter:
<https://debattenraum.eu/viewtopic.php?f=114&t=937>
 Kontakt: forum@debattenraum.eu

Freiheit für den politischen Gefangenen Michael Ballweg!

Flugblatt Nr. 9 der Freien Linken Zukunft

Seit dem 29. Juni 2022, also seit fast vier Monaten, sitzt Michael Ballweg im Gefängnis in Stuttgart-Stammheim und wir müssen hoffen, dass er nicht erst als Toter rauskommt wie seinerzeit die dort inhaftierten Mitglieder der Roten Armee Fraktion.

Verhaftet wurde er auf Antrag der Staatsanwaltschaft, die unter der Weisungsbefugnis der CDU-Justizministerin Marion Gentges des Landes Baden-Württemberg tätig ist. Wer meint, solches sei in einem Rechtsstaat unmöglich, möge sich §146 des Gerichtsverfassungsgesetzes anschauen: »Die Beamten der Staatsanwaltschaft haben den dienstlichen Anweisungen ihres Vorgesetzten nachzukommen.« Und der oberste Vorgesetzte ist eben der jeweilige Landes-Justizminister. Das ist übrigens der Grund, warum internationale Haftbefehle von deutschen Staatsanwälten in allen Europarats-Staaten nicht anerkannt werden.

Die Staatsanwaltschaft wirft Michael Ballweg vor, Geld aus Schenkungen veruntreut und Geldwäsche betrieben zu haben, hat dafür aber bis heute keinerlei Beweis vorlegen können. Es gibt immer noch keine Anklageschrift, dennoch wird bei jedem Haftprüfungstermin eine Entlassung aus dem Gefängnis abgelehnt.

Es wirkt wie ein abgekartetes Spiel, wenn Querdenken zuerst das Bankkonto gekündigt wurde, es ihm unmöglich gemacht wurde, irgendwo ein neues zu bekommen und Spenden wie Ausgaben dann über Ballwegs Konto liefen, um ihn in der Folge mit Dreck zu bewerfen. Ihm werden die Veruntreuung von 640.000 € beweislos vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft erklärt nicht, wie sie zu der Zahl aus den nachgewiesenen Spenden über 1,2 Mio. kommt und ignoriert total den Nachweis mit Rechnungsbelegen, den Ballweg im Frühjahr 2021 für damals bereits rund 1 Mio. Ausgaben erbracht hat.

Es muß niemand mit den politischen Aussagen Michael Ballwegs und den teuren zentralen Demonstrationen einverstanden sein um festzustellen, daß er aus politischen Gründen eingelocht wurde von einem übergriffigen Staat, der längst den demokratischen Sektor verlassen hat. Dabei ist es völlig unerheblich, welche Sektion der bürgerlichen Einheitspartei gerade die Regierung in den Ländern oder im Bund stellt. Das gilt sowohl für die Corona-Plandemie wie für die heutige Unterstützung des faschistischen Regimes in Kiew auf Befehl der Besatzungsmacht USA, der über die NATO an die Bundesregierung reingereicht wird.

Die Forderungen der Freien Linken Zukunft sind daher sonnenklar:

- **Sofortige Freiheit für den politischen Gefangenen Michael Ballweg!**
- **Weg mit der politischen Weisungsbefugnis für Justizminister!**
- **Ami – go home!**
- **Deutschland raus aus der Nato – Nato raus aus Deutschland!**

Freie Linke Zukunft am 20.10.2022

freie-linke-zukunft@netzwerk-linker-widerstand.ru
<https://t.me/freielinkezukunft>
<https://magma-magazin.su>



V.i.S.d.P. Ina Schäfer, Darmstadt



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Nr. 03/2020

Im Kreuzverhör zum Thema „Volkseigentum oder Gemeinbesitz?“
- von Jürgen Michael Hackbarth, Ronald Rausch, Holger Thurow-N.

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen, am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“
- von Jürgen Michael Hackbarth

Was ist Radikaldemokratie?
- von Jürgen Michael Hackbarth

Oberflächlichkeit im Visier: —→ Zeitschrift „philosophie“ zum Thema Pazifismus
- von Holger Thurow-N.




Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA

06/2020
Free Slave Project



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Nr. 04/2020

Im Visier: „Der blinde Fleck“ zum Thema Eigentum,
von Holger Thurow-N.

Radikaldemokratie mit Besitzrecht gegen Repräsentativdemokratie mit Eigentumsrecht!
von Jürgen Michael Hackbarth

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen - Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung aus dem Heft 03/20, Juli 2020), von Jürgen Michael Hackbarth




Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA

Free Slave Project

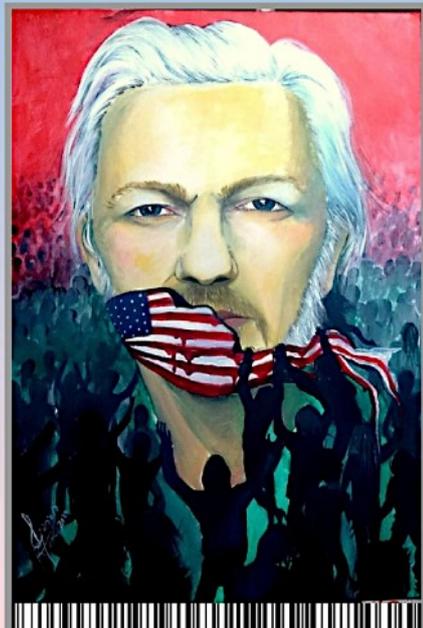


Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Nr. 05/2020

Die Leitidee der Eigentumsgesellschaft ist unmoralisch!
Echo auf das Interview des Magazins „philosophie“ mit Markus Gabriel, Professor für Philosophie und Erkenntnistheorie an der Universität Bonn
von: Holger Thurow-N.

Die Herrschaft des Eigentumsrechts schließt Demokratie/Volksherrschaft im Sinne des Wortes aus!
Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?
Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung aus Heft 04/20)
von: Jürgen-Michael Hackbarth

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA

Free Slave Project



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Nr. 01/2021

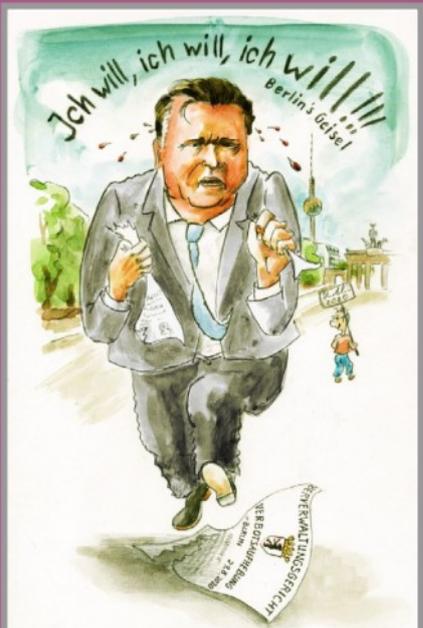
Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung aus dem Heft 05/20)
- von J. M. Hackbarth

Interview mit Rainer Mausfeld Frage zum Thema Eigentum und Besitz
- von J. M. Hackbarth

Diktaturvisionen – eine Gefahr für die Freiheit! Begleitung der Zeitschrift „philosophie“
- von Holger Thurow-N.

Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden? (Fortsetzung aus Nr. 5/20)
- von J. M. Hackbarth

Der freie Fall in die Diktatur? Oder gibt es Alternativen?
- von Johannes Schubert

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA

Free Slave Project

Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

März/April-Heft, Redaktionsschluss 30.04.2021 Nr. 02/2021

Covid-19 und der Transhumanismus
- von Anja Wurm

Was ist der Unterschied zwischen einem Aufstand und einer Revolution?
- von J.M.Hackbarth

Was ist aus der radikaldemokratischen Jugend der FDP geworden? Institutionen / Staat (Fortsetzung)

Ergebe dich in dein Schicksal und lehne dich nicht auf! Aha! Resilienz Antwort auf die Zeitschrift „philosophie“
- von Holger Thurow-N.

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung)
- von J.M.Hackbarth

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA

Thomas Sommerabend



ES ENDET NICHT!
...WENN IHR ES NICHT BEENDET!

Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Juli/August-Heft, Redaktionsschluss 30.06.2021 Nr. 03/2021

Zum Thema Transhumanismus
Antwort auf „Covid 19 und der Transhumanismus“ von Anja Wurm in Heft 02/21
- von Daniel D.

Was ist aus der radikaldemokratischen Jugend der FDP geworden?
Thema: Wehrhafte Demokratie (Fortsetzung aus dem Heft 02/21), vorgestellt und kommentiert
- von J.M.Hackbarth

Friedliche Revolution in die Freiheit und eine wehrhafte Demokratie!
- von J.M.Hackbarth

Kunst als Katalysator für Aufstände u. Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung aus dem Heft 02/21)
- von J.M.Hackbarth

Wo liegt die Grenze der Machthaber? Antwort auf das Titelthema der Ausgabe 03/2021 der Zeitschrift „philosophie“, „Wo liegt die Grenze des Sagbaren?“
- von Holger Thurow-N.

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



UMEHR e.v.

UNITED MOVEMENT FOR EQUAL HUMAN RIGHTS

Dieser Verein wurde von den Gründern als ein radikaldemokratisches Projekt gestartet. Wir betrachten und behandeln jeden Menschen als König, als Souverän in seinen eigenen Angelegenheiten.



Im Zentrum jeder radikaldemokratischen Struktur steht die Selbstbestimmung jedes Einzelnen und jeder einzelnen Gruppe in ihr, was dem Sinn unserer Menschenrechte entspricht. Die Gründungsmitglieder hatten sich für eine radikaldemokratische Struktur dieses Vereins entschieden, um auf die radikale Demokratisierung unserer Gesellschaft hinwirken zu können. Den Gründern war von Anfang an klar, dass dieser Verein von undemokratischen Machthabern nicht gemocht, eventuell behindert und sogar verleumdet werden könnte. Wir sind bereit, alle Widrigkeiten geduldig zu ertragen, bis wir unsere Souveränität als Staatsbürger hergestellt haben und selbst über Verfassung und Gesetze entscheiden können. Die Alternative zur Volksherrschaft ist die nicht enden wollende Fortsetzung der Lohnsklaverei durch reiche Eigentümer und die politische Entmündigung durch deren Repräsentanten.

Volksherrschaftliche, also wirklich demokratische Verhältnisse unterscheiden sich radikal von dem, was wir in einem Repräsentationssystem mit den vom Wähler entbundenen Repräsentanten erleben. Nur ein Staatsvolk, das selbst als Gesetzgeber handelt und über die Staatsgewalten herrscht, ist souverän.

Bei UMEHR e.v. wird Radikaldemokratie so umgesetzt:

1. Die Legislative ist die Vollversammlung der aktiven Vollmitglieder. Sie entscheiden über das gesamte Regelwerk und über alle wichtigen Personalien des Vereins, welche sie zu jeder Zeit neu entscheiden können, wie „Könige“.
2. Der erweiterte Vorstand besteht aus der Exekutive (Geschäftsführung), der Judikative (Schieds- und Kontrollkommission) und der Mediative (Redaktion). Er führt die Geschäfte des Vereins stets nach den klaren Vorgaben der Vollmitglieder bis diese anders entscheiden.
3. Fördermitglieder sind nicht verpflichtet im Verein aktiv zu sein, aber können dessen Arbeit finanziell oder anderweitig unterstützen und haben deshalb eine beratende Stimme.
4. Gäste sind in allen Versammlungen und Sitzungen des Vereins willkommen, wenn sie das Gastrecht nicht für Feindseligkeiten missbrauchen.

Wer mit seinem eigenen Projekt oder seiner eigenen Gruppe bei UMEHR e.v. Mitglied wird, erhält bis zu einer eigenen Eintragung ein Impressum, Rechtsvertretung, eine Versicherung und eine Kostenstelle auf dem Vereinskonto. Damit sind jedes Projekt oder jede Gruppe als Gliederung der juristischen Person UMEHR e.v. handlungsfähig, und die Akteure haften nicht mehr mit ihrem Privatvermögen.

Wer den Zweck unseres Vereins fördern, sich mit seinem Projekt oder seiner Gruppe einbringen möchte, der kann uns kontaktieren oder dieses Blatt mit einer Erreichbarkeit an uns zurück senden:

Erweiterter Vorstand des UMEHR e.v. (Hamburg VR 24757),
Holsteiner Chaussee 303b, 22457 Hamburg, www.umehr.net,
info@umehr.net, Vorsitz 0151-54343651, Stellv. 0151-5434643
IBAN: DE88 3701 0050 0993 3055 01
POSTBANK NDL DEUTSCHE BANK

<https://www.umehr.net/aufnahmeantrag>